

14. Sitzung vom Montag, 11. Dezember 2023, 18.00 Uhr, ref. Kirchgemeindesaal

Anwesend:	Stadtparlament 25 Mitglieder
	Stadtrat Mark Eberli, Stadtpräsident Daniel Ammann Rosa Pfister-Kempf Andrea Spycher Andreas Müller Markus Surber Christian Mühlethaler, Stadtschreiber
Entschuldigt:	Thomas Obermayer, Präsident Tünde Mihalyi Sven Zimmerli Frauke Böni, Stadträtin
Vorsitz:	Stephan Ziegler, 1. Vizepräsident
Protokoll:	Sandra Lobsiger, Parlamentssekretärin
Weibeldienst:	Die Anwesenheit des Weibeldiensts ist nicht erforderlich

Die Sitzung des Stadtparlaments ist öffentlich.



Der 1. Vizepräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Behördenmitglieder sowie die Medienschaffenden und das Publikum.

Der 1. Vizepräsident bittet alle Anwesenden, bei Wortmeldungen nach vorne zu kommen und das Mikrofon zu benutzen.

Auszählung des Stadtparlaments

Da Sven Zimmerli, Stimmzähler, abwesend ist, bezeichnet der 1. Vizepräsident Laura Hartmann als Ersatz-Stimmzählerin für die heutige Sitzung.

Zudem ist auch Tünde Mihalyi, Stimmzählerin, abwesend, als Ersatz-Stimmzähler bezeichnet der 1. Vizepräsident Dominik Berner für die heutige Sitzung.

Das Stadtparlament ist damit einverstanden.

Die Auszählung ergibt 25 anwesende Parlamentsmitglieder. Das Stadtparlament ist somit gemäss Art. 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments (GeschO) beschlussfähig.

Das absolute Mehr liegt bei 13 Stimmen.

Sitzungseinladung

Die Parlamentsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

Traktandenliste

Unter Traktandum 6 «Diverses» ist eine Information durch Stadträtin Rosa Pfister-Kempf zum aktuellen Stand / weiteres Vorgehen betr. Tagesschule vorgesehen.

Es liegen keine Bemerkungen oder Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Traktandenliste vor. Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 6. November 2023
2. Postulat Géraldine Wirth und Mitunterzeichnende betr. «Opferhilfestelle in Bülach: Bedarfsermittlung und in Kooperation mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton Zürich» - Begründung
3. Wirtschaftsförderung digital health center Bülach Investitionsbeitrag - Kreditabrechnung
4. Produktgruppenbudget 2024 / Festsetzung Steuerfuss 2024
5. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
6. Diverses

Eingang von neuen Vorstössen

Seit der letzten Parlamentssitzung vom 6. November 2023 sind keine neuen Vorstösse eingegangen.

Beantwortung von Vorstössen

Anfrage von Géraldine Wirth betr. «Kostenanalyse für das Aufstellen und Unterhalten von Recycling-Abfalleimern an beliebten Orten und Spielplätzen»

Der Stadtrat hat am 15. November 2023 mit SRB-Nr. 436 die Anfrage fristgerecht beantwortet. Die Antwort wurde den Mitgliedern des Stadtparlaments zugestellt und ist Beilage zum Protokoll dieser Parlamentssitzung.

Anfrage von Géraldine Wirth betr. «Datenschutz in der Stadt Bülach»

Der Stadtrat hat am 29. November 2023 mit SRB-Nr. 449 die Anfrage fristgerecht beantwortet. Die Antwort wurde den Mitgliedern des Stadtparlaments zugestellt und ist Beilage zum Protokoll dieser Parlamentssitzung.



Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 6. November 2023

Es gibt keine Anmerkungen oder Korrekturen zum Protokoll. Es wird der Verfasserin verdankt.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt das Protokoll einstimmig.

Traktandum 2

**Postulat von Géraldine Wirth und Mitunterzeichnende betr. «Opferhilfestelle in Bülach: Bedarfsermittlung und in Kooperation mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton Zürich»
– Begründung**

Géraldine Wirth und Mitunterzeichnende haben am 17. Oktober 2023 das Postulat betr. «Opferhilfestelle in Bülach: Bedarfsermittlung und in Kooperation mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton Zürich» eingereicht.

Das Postulat wurde an der Parlamentssitzung vom 6. November 2023 verlesen. Es entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

Wortlaut:

«Der Stadtrat wird eingeladen, in Absprache mit den benachbarten Gemeinden den lokalen Bedarf an einer Opferhilfestelle zu ermitteln. Zudem sollte er in Kooperation mit dem Kanton Zürich die Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Errichtung einer solchen Stelle in Bülach evaluieren. Falls eine Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich in dieser Angelegenheit nicht umsetzbar ist, ist der Stadtrat dazu aufgerufen, alternative Modelle und Lösungsansätze zu entwickeln, um den identifizierten Bedarf auf kommunaler Ebene zu decken.

Begründung:

Während kantonale Opferhilfestellen derzeit nur in den Städten Zürich und Winterthur verfügbar sind, besteht potenziell auch in anderen Regionen, insbesondere in Bezirkszentren wie Bülach, ein Bedarf an solchen Dienstleistungen. Die Einrichtung weiterer Opferhilfestellen ist von grundlegender Bedeutung, um mehr Menschen Zugang zu Beratung und Unterstützung in Krisenzeiten zu bieten.



Bülach könnte in dieser Hinsicht eine Schlüsselrolle spielen und in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich geeignete Räumlichkeiten und Strukturen zur Verfügung stellen.»

Der 1. Vizepräsident bittet Géraldine Wirth um Begründung des Postulats.

Géraldine Wirth: «Im Vorlauf zu dem Postulat hat es in den letzten paar Wochen einige Diskussionen gegeben. Weil, das glaube ich, wahrscheinlich nicht das beste formulierte Postulat gewesen ist. Ich wollte kurz sagen, was ursprünglich der Grund gewesen ist und was ich genau damit gemeint habe. Die Idee vom Postulat ist, dass man zuerst einmal mit den anderen Gemeinden im Umkreis eine Bedarfsabklärung macht. Und so schaut, ob solche Opferhilfestellen – Angebote, welche Opferhilfestellen bieten – im Umkreis von Bülach, ob da überhaupt ein Bedarf besteht. Wenn der Bedarf nicht besteht, dann fallen die anderen Punkte dahin und ist somit gar kein Thema mehr. Wenn aber herauskommt, dass so ein Bedarf besteht, ist die Idee, dass nachher der Stadtrat Mithilfe von dieser Bedarfserklärung und mit den anderen Gemeinden zusammen, das beim Kanton vertritt. Der Punkt ist nämlich das Opferhilfestellen Aufgabe des Kantons sind. Es ist nicht die Idee gewesen, dass wir sagen, wir bauen jetzt in Bülach selber Opferhilfestellen, denn wir haben einfach die Kompetenzen nicht. Wir haben das Wissen dafür nicht. Und wie gesagt, es ist nicht in unserem Aufgabenbereich. Es ist aber im Aufgabebereich des Kantons. Es ist eine Aufgabe, welche vom Bund an den Kanton übertragen worden ist. Der Kanton bietet Opferhilfestellen jedoch nur in grossen Städten an. Was vergessen gegangen ist oder einfach vom Kanton nicht als wichtig angeschaut worden ist, ist, dass das in der Agglomeration und auch auf dem Land auch umgesetzt wird. Der Kanton hat sich nicht überlegt, dass potenziell Leute auf dem Land auch solche Opferhilfestellen brauchen könnten oder brauchen würden. Und das ist eigentlich mein Punkt gewesen. Denn es ist die Aufgabe der Exekutive, Bedürfnisse der Bürger der Gemeinde auch beim Kanton zu vertreten. Es ist nicht nur die Aufgabe von unserem Stadtrat, dass wir alles in unserer Gemeinde machen, was unsere Leute brauchen, sondern auch, dass wir dem Kanton sagen: *«Hey, vielleicht solltet ihr eure Aufgabe, welche euch vom Bund übertragen worden ist, auch bei uns umsetzen.»* Das ist eine Vertretungsaufgabe, welche im Aufgabenbereich des Stadtrats liegt. Das war mein Punkt gewesen. Dass der Stadtrat dies beim Kanton vertritt, wenn tatsächlich herauskommt, dass ein Bedarf besteht. Zudem, dass er den Kanton auf diese Thematik hinweist und somit unsere Leute gut vertritt. Beim dritten Punkt ist es darum gegangen, dass wenn der Kanton überhaupt kein Interesse daran hat, weil es ist, ausserdem nicht nur so, dass potenziell Bülach das brauchen würde, sondern auch andere Gemeinden. Aber wenn der Kanton sagt: *«Hey, wir finden, das ist nicht wichtig, die Leute können zu uns in die Stadt kommen – auf Winterthur oder auf Zürich.»*, dass in diesem Fall die Stadt Bülach schaut, was für Angebote wir selber anbieten könnten. Nicht in einer Form einer Opferhilfestelle, sondern zum Beispiel in Form von Edukation. Damit zum Beispiel, viel mehr darüber geredet



wird, wo man in so einem Fall hingehen kann. Wo die Stellen sind, dass sie eben in Winterthur und in Zürich sind. Und dass auch unsere Leute auf der Polizei, Lehrer, bei der KESB usw. alle Leute, welche potenziell mit solchen Fällen zu tun haben, wissen, wo sie die Leute hinschicken müssen. Dies ist in dem Sinn der dritte Punkt gewesen, dass die Verwaltung hier herausfindet, was könnte Bülach – nicht als Opferhilfestelle – machen, aber was könnte Bülach in dem Bereich beitragen und unseren Bürgern bieten und zur Verfügung stellen. Jetzt noch kurz, einfach, damit alle wirklich wissen, was Opferhilfestellen sind. Opferhilfestellen sind dafür verantwortlich, dass Leute, die Opfer geworden sind, von häuslicher Gewalt, sexueller Gewalt usw. einen Ort haben, an welchen sie hingehen können und bei welchem sie beraten werden. Die Leute der Opferhilfestelle gehen potenziell mit z.B. an die Gerichtsfälle. Sie sind aber auch einfach die erste Anlaufstelle, wenn Leute z.B. nicht zur Polizei gehen wollen oder wenn Leute nicht einen Gerichtsfall ansteuern wollen. Sie sind Leute, welche die Personen an die richtigen Psychologen usw. verweisen können. Es sind auch ganz viele Sachen, welche sie selbst machen können. Das ist eigentlich die Idee von dem. Das ist meine Idee für dieses Postulat gewesen, weil ich der Meinung bin, dass es auch unsere Aufgabe ist, auf dem Land die Interessen von unseren Leuten, welche hier wohnen, auch gegenüber dem Kanton zu vertreten.»

Der 1. Vizepräsident fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtrat Daniel Ammann: «Ich vertrete die krankheitshalber abwesende Stadträtin Frauke Böni und kommuniziere, was der Stadtrat entschieden hat. Der Stadtrat möchte das Postulat nicht annehmen. Die vorgängige Kommunikation ist nicht optimal verlaufen. Es ist eine kantonale Sache. Es wird auch vom Kanton bezahlt und nur in diesen Fällen bezahlt, wenn es vom Kanton her kommt. Das Anliegen an sich, dass Opfer gut betreut und sofort beraten werden, das ist bei uns zuoberst – spezifisch bei der Polizei, in den Schulen usw. Die Leute sind sich sehr wohl bewusst, wie sie handeln müssen, wenn so etwas passiert. Die Experten sind aber kantonale und die sind sehr, sehr gut ausgebildet. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Wir haben das so entgegengenommen und gefunden, dass wir das selbst nicht aufziehen können. Auch bezirksmässig macht es wahrscheinlich keinen Sinn ein Konkurrenzkonstrukt gegenüber dem Kanton aufzuziehen. Wichtig ist, dass die Kommunikation läuft. Da sind wir einverstanden, aber wir betrachten das als genügend an und als sehr gut aufgesetzt und nehmen das Postulat lieber nicht an.»

Da der Stadtrat nicht bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, wird somit die Diskussion eröffnet. Das Stadtparlament wird im Anschluss daran über die Überweisung abstimmen.

Der 1. Vizepräsident erteilt Géraldine Wirth das Wort.



Géraldine Wirth: «Etwas ist vorher noch kurz untergegangen. Und zwar ist jetzt immer wieder gesagt worden, auch im Vorfeld. Ich habe auch mit Stadträtin Frauke Böni gesprochen, auch bevor ich das Postulat gemacht habe, dass der Bedarf abgedeckt ist. Das ist aber ein Punkt, welcher ich nicht weiss, wir wissen, das alle nicht. Wir wissen, dass es Opferhilfestellen gibt, aber wir wissen nicht, ob der Bedarf auch in unserem Umkreis tatsächlich abgedeckt ist. Weil man hört immer wieder von Opferhilfestellen, dass sie eben nicht den ganzen Bedarf abdecken können. Darum ist mein Punkt gewesen, dass man zuerst einmal im Umkreis von Bülach überhaupt schaut, ob wir überhaupt einen zusätzlichen Bedarf haben. Ist das etwas, wo ist? Ich kann nicht einfach darauf vertrauen, wenn der Stadtrat sagt, der Bedarf ist mit diesen Stellen in Zürich und Winterthur abgedeckt. Ich vertraue nicht einfach darauf, ohne dass eine anständige Bedarfsabklärung gemacht worden ist.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Romaine Rogenmoser das Wort.

Romaine Rogenmoser (SVP/EDU): «Ich komme ein bisschen wie die Jungfrau zum Kind zum Votum. Géraldine, ich kann sagen, du hast es gesagt, es ist eigentlich eine kantonale Sache und darum auch, wenn es eine Bedarfsabklärung gibt, dann muss das der Kanton vornehmen. Da sind wir hier völlig auf der falschen Stufe und ich glaube, ihr kennt genug Leute im Kantonsrat, welchen ihr das «stecken» könnt, dass tatsächlich eine Bedarfsabklärung stattfindet, wie Géraldine so vorhin gesagt hat. Es gibt so Zentren in Zürich und in Winterthur. Es gibt auch noch private oder andere Opferberatungsstellen. Eine Ausweitung von einer solchen Beratungsgeschichte müsste selbstverständlich vom Kanton ausgehen – allenfalls nach einer Bedarfsabklärung. Wenn feststehen würde, dass es mehr Fälle gibt, als dass man im Moment gerade bewältigen kann. Das scheint aber im Moment gerade nicht der Fall zu sein, weil ich glaube, ganz so hoch geht die Welle nicht. Der Kanton ist explizit die Strategie gefahren, dass in diesen grossen Zentren Winterthur und Zürich, die Dienste angeboten werden. Und es ist auch so, dass z.B. die Stadt Bülach mit der Inlandhilfe – wenn ich das richtig verstanden habe – bereits diverse Opferhilfestellen berücksichtigt oder unterstützt. Die SVP/EDU-Fraktion erkennt in dieser Vorlage deshalb keine einschlägigen Argumente, weshalb es dieses Projekt in diesem Umfang wirklich braucht. Angesichts der hohen Projektkosten muss festgestellt werden, dass keine Trennung zwischen Notwendigem und Wünschbarem stattgefunden hat. Eine weitere Belastung unseres Budgets mit nicht absolut Notwendigem – wir kommen ja noch zum Budget. Also ich bitte euch wirklich, alles, was nicht absolut notwendig ist, sollten wir davon absehen, das Budget noch mehr zu belasten, insbesondere mit Sachen, welche in die Zuständigkeit des Kantons fällt. Die SVP/EDU-Fraktion wird darum der Überweisung des Postulates nicht zustimmen. Besten Dank.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Reto Zumstein das Wort.



Reto Zumstein (GLP/EVP/die Mitte): «Opferhilfestellen übernehmen eine wichtige Aufgabe, den Opfer von Straftaten umfassende Unterstützung und Hilfe anzubieten. Sie helfen ihnen bei der Bewältigung und der Verarbeitung der Folgen einer Straftat sowie ihre Rechte wahrzunehmen. Das Postulat von der Géraldine fordert in Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden eine Bedarfsermittlung zu unternehmen und zusammen mit dem Kanton die Möglichkeiten und die Voraussetzungen für die Errichtung einer solchen Stelle in Bülach zu evaluieren. Das Postulat ist deshalb bei vielen Mitgliedern in unserer Fraktion auf offene Ohren gestossen. Schauen wir aber ein bisschen genauer hin, zeigt sich die Sache schon ein bisschen komplexer. Opferhilfestellen liegen, wie wir gehört haben, in der Verantwortung des Kantons. Die kantonale Opferhilfestelle finanziert und beaufsichtigt neun anerkannte Stellen im ganzen Kanton. Diese fokussieren jeweils auf eine Zielgruppe z.B. Kinder, Frauen, Migrantinnen und bringen ein geballtes Know-How für eben die spezielle Klientel mit. Sämtliche Zielgruppen im Bezirk Bülach abzudecken und dafür das nötige Wissen mit den Fachkräften aufzubauen, ist kaum möglich. Die Evaluation und der Aufbau einer Opferhilfestelle ist zudem mit einem ungeheuren Aufwand verbunden. Es braucht ein grosses Know-How, ein Netzwerk und geeignete Fachkräfte. Der Betrieb einer Opferhilfestelle beinhaltet aufwändige Strukturen und führt mehrere Disziplinen nebeneinander, was die Komplexität weiter erhöht. Die bestehenden Angebote im Kanton Zürich werden professionell und mit einer hohen Qualität geführt. Sie haben sich bewährt. Die GLP/EVP/die Mitte-Fraktion spricht sich dafür aus, die bestehenden Strukturen zu stärken und besser miteinander zu vernetzen. Zudem sollen Personen, welche in Kontakt mit Opfer sind, wie Ärztinnen, Psychologen, Polizistinnen, sensibilisiert und auf das bestehende Angebot aufmerksam gemacht werden. Die Fraktion spricht sich zudem dafür aus, Bekanntmachungen und Angebote auf den nötigen Kanälen in der Stadt Bülach weiter auszubauen. Unsere Fraktion spricht sich für eine Stärkung von diesen bestehenden Opferhilfestellen aus und anerkennt die Wichtigkeit von diesen Institutionen. Das Postulat von Géraldine fordert jedoch schon mehr als nur eine erste Bedarfsabklärung. Darum sind wir in unserer Fraktion nicht zu einer eindeutigen Empfehlung gekommen.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Elisabeth Stäger das Wort.

Elisabeth Stäger: «Ich habe eine Verständnisfrage: Es geht um die Bedarfsabklärung: Ist das nun im Aufgabebereich des Kantons oder der Gemeinde? Bekomme ich hierzu eine Antwort? Der Stadtrat ist der Meinung des Kantons. Das ist nicht so klar und ich stehe hinter der Meinung von Géraldine. Weil es geht jetzt nicht darum, eine Opferhilfestelle in Bülach aufzubauen, wie Géraldine dies schon gesagt hat, sondern um eine Bedarfsabklärung. Meiner Meinung nach. Danke.»

Der 1. Vizepräsident erteilt nochmals Géraldine Wirth das Wort.



Géraldine Wirth: «Ob eine Bedarfsabklärung jetzt wirklich Sache der Gemeinde oder Sache des Kantons ist, glaube ich, ist eine Sache, welche wir heute Abend nicht abschliessend klären können. Was aber sicher so ist, ist, dass es die Aufgabe von einer Stadt und vor allem von der Exekutive ist, die Interessen und die Bedürfnisse der Leute in dieser Stadt beim Kanton zu vertreten. Klar könnten wir das unseren Kantonsrätinnen und Kantonsräte «stecken». Auf Bundesebene gibt es z.B. Vernehmlassungen zu einem neuen Gesetz, so können die Kantone, ihre jeweiligen Bedürfnisse anbringen. Ich bin der Meinung, dass dies auch die Aufgabe einer Stadt und der Exekutive ist, die Bedürfnisse der Personen, welche in Bülach wohnen, beim Kanton zu vertreten. Das kann man jedoch nicht machen, wenn man nicht vorher weiss, ob es überhaupt ein Bedürfnis gibt.»

Der 1. Vizepräsident erteilt nochmals Romaine Rogenmoser das Wort.

Romaine Rogenmoser: «Also ich möchte schon beliebt machen im Hinblick auf eine angespannte Finanzlage, dass man doch vielleicht beim Kanton zuerst einmal das Mengengerüst erfahren würde, wie dringend das Bedürfnis ist und wie gross die Dimension ist, von denen, welche wirklich Opferhilfe benötigen. Also ich glaube, da machen wir jetzt ein Fass auf, was nicht zielführend ist. Insbesondere nicht, weil es sowieso nicht in unsere Aufgaben gehört. Also, wenn das wirklich so interessant wäre, dann beübt doch bitte die zuständigen Institutionen oder der Level, welche hierfür zuständig ist und nicht die Gemeinde mit dem auch noch belasten.»

Der 1. Vizepräsident weist Géraldine Wirth daraufhin, dass sie bereits zweimal gesprochen hat.

Der 1. Vizepräsident erteilt Larissa Kägi das Wort.

Larissa Kägi: «Uns ist, glaube ich allen, oder vielen ist bewusst, dass eigentlich die Opferhilfestelle in im Aufgabenbereich des Kantons liegt. Uns ist einfach wichtig, dass betont wird, dass die Stadt Bülach auch aktiv etwas machen könnte. Und proaktiver in dem Bereich unterwegs sein könnte. Auch im Sinne einer Vorzeigestadt. Klar muss man das Budget im Auge behalten. Aber man darf nicht vergessen, es geht um Menschen, Menschen, welche Hilfe brauchen. Und zwar Unterstützung; am besten heute und diese auch heute erhalten und nicht darauf verwiesen werden müssen, dass die Kapazität ausgeschöpft ist und dass sie darum morgen nochmals kommen müssen.»

Der 1. Vizepräsident erteilt nochmals Elisabeth Stäger das Wort.



Elisabeth Stäger: «Ich möchte einfach noch dazu sagen; es ist vorher von rechter Seite gesagt worden, man sollte jetzt nicht ein Fass aufmachen und wahrscheinlich gibt es nicht so viele Opfer, weil sonst wüssten wir das ja. So habe ich das verstanden. Häusliche Gewalt gibt es in ganz vielen verschiedenen Formen und ich bin davon überzeugt, dass es einen grossen Bedarf gibt in so einer grossen Stadt, wie Bülach ist, und mit diesen vielen umliegenden Gemeinden. Ja, wie Romaine Rogenmoser erwähnt hat, ist die Opferhilfestelle Aufgabe des Kantons. Bei der Bedarfsabklärung wissen wir jedoch nicht, ob das Aufgabe des Kantons ist oder von uns. Wenn das unsere Aufgabe ist, bin ich auch der Meinung, dass man die Bedarfsabklärung machen muss.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Wort Stadtrat Daniel Ammann das Wort.

Stadtrat Daniel Ammann: «Es ist, glaube ich, noch wichtig zu erwähnen, es geht ja nicht darum, ob wir das als wichtig empfinden oder nicht. Oder, ob es einen Bedarf hat oder nicht. Es ist etwas ganz, ganz, ganz Wichtiges. Unsere Mitarbeitende an der Front sind in diesem Zusammenhang instruiert und informiert, wo es gute Stellen hat. Es existieren kantonale Stellen mit Fachpersonen, weil es sind hochkomplexe Fälle und es braucht wahnsinnig viel Know-How, um wirklich helfen zu können. Wir sind davon überzeugt, sind auch so informiert, auch von der Abteilung, dass das die richtige Art und Weise ist, wie wir diesem Problem «Herr» werden können. Dass die Leute schnell dorthin verwiesen werden, wo sie auch richtig betreut werden. Das ist der Grund, wieso, dass man nicht sekundär jetzt etwas aufziehen will. Und nicht, weil, man es nicht für wichtig betrachtet. In dieser politischen Geschichte wollen wir uns nicht einmischen. Es ist sehr gut und richtig organisiert.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Christoph Meier das Wort.

Christoph Meier: «Obwohl ich kein Experte bin, will ich mich noch zu den Kompetenzen äussern. Ich denke, wenn der Kanton die Kompetenz hat, Opferhilfestellen zu betreiben, hat er auch sehr wohl die Kompetenz, den Bedarf zu ermitteln. Idealerweise nicht nur einmal, sondern ein laufendes Monitoring zu betreiben. Und in diesem Zusammenhang bin ich der gleichen Meinung wie Romaine. Die Opferhilfestellen müssten selbst am besten wissen, wie stark sie ausgelastet sind. Somit wäre eine Anfrage an dieser Stelle sicher zielführender.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Philemon Abegg das Wort.

Philemon Abegg: «Ich möchte doch noch kurz etwas sagen, dass auch wir nicht falsch verstanden werden. Dieses Thema ist traurig, für diejenigen welche Opferhilfe brauchen, es ist traurig, dass sie



überhaupt die Hilfe benötigen. Gerade auch aus Sicht der EVP. Es ist wichtig, dass wir eine gute kantonale Opferhilfestelle haben. Wir werden es aber ablehnen – alle Mitglieder der EVP – weil wir den Kanton unterstützen, dass der Kanton etwas Gutes macht. Ich denke, dass auch der Stadtrat nicht abgeneigt ist, wenn der Kanton auf die Stadt Bülach zukommt, ob man das in der Stadt Bülach prüfen könnte. Aber es geht jetzt nicht um das, ob in der Stadt Bülach überhaupt etwas kommen könnte, sondern es geht darum, ob die Stadt Bülach jetzt aktiv etwas abgeklärt, was eigentlich in den Aufgabereich des Kantons fällt. Wir sehen, dass die Opferhilfe sinnvoll ist, jedoch im ganzen Kanton und nicht nur in Bülach.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr aus dem Stadtparlament.

Abstimmung Überweisung des Postulats (Art. 55 a Abs. 8 GeschO)

Das Postulat wird mit 8 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt und nicht an den Stadtrat überwiesen.

Traktandum 3

Wirtschaftsförderung digital health center Bülach Investitionsbeitrag – Kreditabrechnung

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Die Kreditabrechnung für den einmaligen Investitionsbeitrag an das digital health center Bülach mit Kosten von 200 000 Franken zulasten des Kontos 8500.5640.00/INVO1143 wird genehmigt.

Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Rechnungsprüfungskommission vor.

Die RPK empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Der 1. Vizepräsident erteilt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.



Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Ich habe am 20. Oktober die Kreditabrechnung geprüft und kontrolliert. Meine Fragen wurden vom Stadtpräsidenten Mark Eberli beantwortet. Zunächst kurz zu der Ausgangslage: Das Stadtparlament hat am 4. Oktober 2021 einen Kredit von 200 000 Franken als Investitionsbeitrag an das digital health center Bülach gesprochen. Das Zentrum ist ein Zentrum für digitale Innovation im Gesundheitswesen und befindet sich in Bülach, noch. Die Kreditabrechnung schliesst mit Kosten von 200 000 Franken ab. Dem Stadtparlament wird die Genehmigung der Kreditabrechnung beantragt. Das digital health center hat im April 2022 den Betrieb aufgenommen. Vorübergehend in einem Provisorium an der Schützenmattstrasse. Für die Errichtung des Neubaus stehen noch Gelder zur Verfügung, denn es geht eigentlich um einen Umzug. Im Frühjahr 2024 wird das digital health center das Provisorium an der Schützenmattstrasse verlassen und ins Glasi-Areal ziehen. Ich beantrage die Annahme der Kreditabrechnung und hoffe, dass das ohne Schwierigkeiten geht.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der RPK vor.

Der Stadtrat verzichtet auf eine Wortmeldung.

Fraktionserklärungen

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Stadtparlament.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt die Kreditabrechnung für den einmaligen Investitionsbeitrag an das digital health center Bülach mit Kosten von 200 000 Franken zulasten des Kontos 8500.5640.00/INVO1143 mit 24 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.



Traktandum 4

Produktgruppenbudget 2024 / Festsetzung Steuerfuss 2024

Dem Stadtparlament wird mit SRB-Nr. 356 vom 20. September 2023 gemäss Gemeindeordnung, Art. 22 1. und 2., beantragt, es wolle beschliessen:

- 1.1. Den Bericht zum Budget 2024 inkl. Globalbudgets mit einem Aufwand von 185 130 399 Franken, einem Ertrag von 185 799 967 Franken einem Ertragsüberschuss von 669 568 Franken zu genehmigen.
- 1.2. Die Investitionen des Verwaltungsvermögens mit Ausgaben von 56 516 000 Franken Einnahmen von 635 000 Franken Nettoinvestitionen von 55 881 000 Franken sowie die Nettoinvestitionen im Finanzvermögen von minus 6 738 000 Franken (Desinvestition) zu genehmigen.
- 1.3. Den Steuerfuss für das Jahr 2024 auf 92 % (Vorjahr 92 %) des einfachen Staatssteuerertrages festzusetzen.
- 1.4. Den Stadtrat zu ermächtigen, die zur Deckung des Geldbedarfs erforderlichen Mittel aufzunehmen.
2. Der Finanzplan 2023 – 2027 wird zur Kenntnis genommen.
3. Die unter «Änderung im Bericht – Kompetenz Stadtrat» aufgeführten Änderungen werden genehmigt.
4. Die unter «Änderung im Bericht – Kompetenz Stadtparlament» aufgeführten Änderungen werden dem Stadtparlament zur Annahme empfohlen.

Weiter beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 414 vom 1. November 2023, es wolle beschliessen:

1. Für das Jahr 2024 werden für den Teuerungsausgleich und die individuellen Lohnerhöhungen insgesamt 2,6 Prozent (880 100 Franken) der Gesamtlohnsumme gewährt. Die Differenz zwischen den im Budget 2024 für Lohnanpassungen eingestellten 2,0 Prozent zu den nun effektiv beantragten 2,6 Prozent wird mit 144 100 Franken zusätzlich ins Budget aufgenommen.

Weiter beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 416 vom 1. November 2023, es wolle beschliessen:

1. Aufgrund der stark steigenden Energiekosten werden zusätzlich 589 000 Franken ins Budget 2024 aufgenommen. Die Kosten werden zentral im Produkt FI-01.3 Weitere Kosten budgetiert.
2. Die Einlage in die finanzpolitische Reserve von 3 000 000 Franken wird auf 2 500 000 Franken reduziert. Der neue Ertragsüberschuss beträgt 436 468 Franken.



Die RPK beantragt dem Stadtparlament:

1. Unter Vorbehalt der Berücksichtigung des Änderungsantrags der RPK, das Budget 2024 inklusive Investitionsrechnung 2024 der Stadt Bülach zu genehmigen (einstimmig).
2. Den Steuerfuss bei 92 % des einfachen Staatssteuerertrages gemäss Antrag Stadtrat zu belassen (mehrheitlich).
3. Den Stadtrat zu ermächtigen, die zur Deckung des Geldbetrages erforderlichen Mittel aufzunehmen (einstimmig).

Weiterer Ablauf

1. Einschätzung zum Produktgruppenbudget 2024 durch den RPK-Präsident Peter Frischknecht
2. Erläuterungen zum Produktgruppenbudget 2024 durch den Finanzvorstand Markus Surber
3. Fraktionserklärungen
4. Detailberatung Produktgruppenbudget 2024 (gemäss Buch, nach Abteilungen und Geschäftsfelder)
5. Detailberatung Investitionsrechnung 2024 (gemäss Buch, nach Abteilungen und Geschäftsfelder)
6. Schlussabstimmung Produktgruppenbudget 2024
7. Schlussabstimmung Investitionsrechnung 2024
8. Steuerfuss 2024: Detailberatung und Schlussabstimmung

Es gibt keine Eintretensdebatte, das Stadtparlament muss auf das Geschäft eintreten.

1. Einschätzung zum Produktgruppenbudget 2024 durch den RPK-Präsidenten

Der 1. Vizepräsident erteilt Peter Frischknecht das Wort.

Peter Frischknecht erläutert anhand einer Präsentation (Beilage 1)

Folie 1

«Ich freue mich, Ihnen einen kurzen Überblick zum Budget 2024 und eine dazu gehörende Einschätzung der Rechnungsprüfungskommission geben zu dürfen. Die Grundlagen für unsere heutigen



Entscheidungen finden sich im ausführlichen Bericht des Stadtrats zum Budget 2024 und in zwei späteren Stadtratsbeschlüssen mit Änderungsanträgen betreffend Löhne und Energiekosten.

Unsere Aufgabe als Stadtparlament ist es, auf Basis der erfolgten Vorprüfungen durch die Fachkommissionen und die Rechnungsprüfungskommission das Budget kritisch zu würdigen und über die eingereichten und allenfalls noch folgenden Änderungsanträge zu befinden. Damit geht eine intensive Phase des Austauschs zu Ende. Ich möchte mich bereits an dieser Stelle bei Stadtrat und Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit im Budgetprozess 2024 bedanken.

Folie 2

Im System der wirkungsorientierten Verwaltungsführung beschliessen wir als Stadtparlament die einzelnen Produktgruppenbudgets, welche gemäss Bericht zusammengefasst einen Ertragsüberschuss von 670 000 Franken ausweisen. Unter Berücksichtigung der Zuweisung an die finanzpolitische Reserve von 3 Mio. Franken kommt man zum operativen Ergebnis mit einem Überschuss von 3,7 Mio. Franken. Entfernt man aus den Globalbudgets die Finanzierung, so resultiert daraus ein Aufwandüberschuss von 98 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahresbudget steigt dieser um 8 Prozent. Die Finanzierungen erhöhen sich um 7 Prozent.

Folie 3

Zwischen der Präsentation des Budgets im September dieses Jahres und heute hat der Stadtrat noch zwei Beschlüsse zur Ergänzung des Budget 2024 gefällt, welche es in der Budgetberatung ebenfalls zu beachten gilt. Einerseits hat er auf die steigenden Energiepreise reagiert und schlägt eine Anpassung des Budgets um 589 000 Franken vor. Andererseits macht der Stadtrat einen Vorschlag für die Lohnmassnahmen 2024. Diese würden zusätzliche Ausgaben von 144 100 Franken nach sich ziehen. Unter Berücksichtigung dieser Mehrausgaben sinkt das operative Ergebnis von 3,7 auf 2,9 Mio. Franken. Da kein negatives Ergebnis nach Zuweisung an die finanzpolitische Reserve zulässig ist, schlägt der Stadtrat gleichzeitig die Reduktion der Zuweisung von 3,0 auf 2,5 Mio. Franken vor. Auf den ersten Blick verbleibt im Budget 2024 auch nach diesen Änderungsvorschlägen noch immer ein ansprechendes, positives Ergebnis; und wir als Rechnungsprüfungskommission kommen zum Schluss, dass eine sorgfältig abgewogene Planung stattgefunden hat. Aus zwei Gründen müssen wir allerdings zur vorausschauenden Vorsicht mahnen. Erstens wird bereits in der Rechnung 2024 ein negatives Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit budgetiert und zweitens zeigt uns der weiter in die Zukunft blickende Finanzplan, dass die fetten Jahre zu Ende gehen. Der Grund dafür liegt in den anstehenden Investitionen, vor allem in Schulhäuser und Sportanlagen. Wenn wir nicht durch einen explodierenden Steuerfuss an Standortattraktivität einbüssen wollen, so müssen wir besonders haushälterisch mit unseren Mitteln umgehen.



Folie 4

Insgesamt können wir Verwaltung und Stadtrat einen haushälterischen Umgang mit den vorhandenen Mitteln attestieren. Dass für die rasch wachsende Stadt ein gezielter Ausbau der Dienstleistungen notwendig ist, können wir nach unserer Prüfung nachvollziehen. Bei den Lohnmassnahmen schlagen wir dem Stadtparlament aber eine Anpassung vor. Angesichts der finanziellen Aussichten mahnen wir in diesem Punkt zur Vorsicht und zu einer Reduktion auf das Niveau des Kantons. Bei der Berechnung des reinen Teuerungsausgleichs hat sich der Stadtrat bereits an der kantonalen Regelung mit Ausgleich der August-Teuerung angepasst. Wir empfehlen euch auch die Angleichung der individuellen Lohnerhöhungen auf 0,6 Prozent der Lohnsumme; weiterhin ohne Deckelung auf der Höhe der Rotationsgewinne. Die RPK ist der Ansicht, dass die Anlehnung an den Kanton sinnvoll ist. Diese gibt uns auch in den kommenden Jahren mit schlechteren finanziellen Ergebnissen eine vernünftige Leitplanke.

Folie 5

Der Stadtrat beantragt die Beibehaltung des heutigen und seit längerem gültigen Steuerfusses von 92 Prozent. Diese Konstanz wird von einer Mehrheit der RPK begrüsst. Das prognostizierte Ergebnis lässt auch 2024 eine Einlage von Mitteln in die finanzpolitische Reserve und damit ein gewisses Ansparen zu. Gleichzeitig zwingen die beschränkten Mittel Verwaltung und Stadtrat weiterhin zu einem wohl überlegten Umgang mit allen Ressourcen.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für das Erstellen des Budgets 2024. Auf Fragen wurden schnell kompetente Antworten geliefert, welche an den Fachkommissionsitzungen diskutiert werden konnten. In der RPK hat eine Minderheit für eine Steuerfusserhöhung von 2 Prozent gestimmt. Im Namen dieser Minderheit möchte ich folgende Erklärung abgeben. In der Präsentation des Budgets schreibt der Stadtrat unter anderem: *«Da die Investitionen nicht komplett selbstfinanziert werden können, ist der Stadtrat bereit, die Schulden zugunsten der Stadtentwicklungsprojekte zu erhöhen. Gleichzeitig sieht der Stadtrat Anpassungen des Steuerfusses vor. Er hat dafür das Modell «Steuerfuss-Zielkorridor» entwickelt: Wenn im Budget eine gewisse Schuldenhöhe erreicht wird, beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament eine Steuerfusserhöhung. Dies wird die Schulden reduzieren, so dass Ende Legislatur die vom Stadtrat festgelegte Schuldenobergrenze im allgemeinen Haushalt von 6 000 Franken knapp eingehalten wird. Konkret sieht das Modell «Steuerfuss-Zielkorridor» vor, dass der Steuerfuss ab budgetierten Schulden grösser als 100 Millionen Franken um 2 Prozentpunkte erhöht wird. Für jede budgetierte Schuldenzunahme von weiteren 25 Millionen Franken, wird dem Stadtparlament eine entsprechende Erhöhung des Steuerfusses um jeweils 2 Prozente beantragt werden. Aus Sicht des Stadtrats ist eine Steuerfusserhöhung unumgänglich, um das Ziel eines weiterhin lebenswerten*



Bülachs mit einem erträglichen Anstieg der Schulden einigermaßen in Einklang zu bringen.» Der Stadtrat gibt jetzt endlich zum ersten Mal klar zu, dass die nötigen Investitionen nicht alle selbst finanziert werden können und eine Steuerhöhung früh oder spät nötig sein wird. Statt die Verantwortung klar dafür zu übernehmen, greift die Stadtregierung zu einem rhetorischen Trick: «Das sogenannte Modell «Steuerfuss-Zielkorridor». Dadurch soll der Eindruck entstehen, dass ein Mechanismus ausserhalb der Macht der Stadtregierung sie dazu irgendwann zwingen wird, die Steuern gegen ihren Willen zu erhöhen. Es erinnert ein bisschen an die Inszenierungen des mittelalterlichen Theaters: Immer gab es eine Kraft ausserhalb der Bühne, die das Geschehen bestimmte, aber das Publikum durfte diese Kraft nicht sehen. Aber wir sind im Jahr 2023 und in einer Demokratie. Es wäre viel sinnvoller, schon jetzt zuzugeben, dass die zukünftigen Investitionen nur mit Steuererhöhungen möglich sein werden. Und dass unter anderem auf Grund der Zinslage besser ist, schon jetzt die Steuern zu erhöhen und nicht weiter zu warten. Manche Stadträte konnten sich vor den Wahlen überhaupt nicht vorstellen, dass eine solche Situation in Zukunft möglich wäre. Aber jetzt geben sie zu, dass diese Massnahmen in Bezug auf die Steuern nötig sein werden, und die Stadtregierung versucht, diese Steuererhöhung so weit wie möglich zu verschieben. Wenn es geht, auf die nächste Legislatur. In der Präsentation wurde auch folgendes erklärt: «Weiter wird der Stadtrat mögliche Verkäufe von Grundstücken im Finanzvermögen prüfen. Verkäufe würden unter Berücksichtigung der Gemeindeordnung, welche den Verkauf von stadteigenen Grundstücken regelt, erfolgen.» Auch hier sieht man, wie wenig Wert der Stadtrat auf den Entscheid des Volkes über die Bodeninitiative «Boden für die kommenden Generationen» legt. Die Gemeindeordnung der Stadt Bülach wurde durch den Entscheid des Volkes wie folgt geändert:

«Art. 3a Grundstücke

- 1. Grundstücke im Eigentum der Stadt Bülach verbleiben im Grundsatz in deren Eigentum.*
- 2. Grundstücke können Dritten zur befristeten Gebrauchsüberlassung (z.B. Baurecht, Miete) zur Verfügung gestellt werden.»*

Um nur die ersten zwei Punkte zu erwähnen. Die Taktik des Stadtrats besteht dieses Jahr also zum ersten Mal eindeutig darin, endlich von den zukünftigen Schulden wegen der Investitionen zu reden, um die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen und den Verkauf von stadteigenen Grundstücken als unausweichlich darzustellen.

2. Erläuterungen zum Produktgruppenbudget 2024 durch den Finanzvorstand

Der 1. Vizepräsident erteilt Finanzvorstand Markus Surber das Wort.



Stadtrat Markus Surber erläutert anhand einer Präsentation (Beilage 2):

«Ich rede heute kurz über zwei kurze Themen und zum Ersten wäre das eine Einschätzung zum wirtschaftlichen Ausblick, um auch ein bisschen das Budget einzumitten und zum Zweiten einen kurzen Crashkurs zum Thema Kostendeckungsgrad. Das wird wahrscheinlich im Verlauf des heutigen Abends noch zu grösseren oder kleineren Diskussionen führen. Markus Wanner, Leiter Finanzen und Informatik, und ich sind aber auch gerne bereit, in den Kommissionen zu einem späteren Zeitpunkt eine grössere Auslegeordnung zu machen, weil das Thema kommt immer wieder auf. Der Zeitungsartikel (Folie 2) vor ungefähr zwei Wochen ist mir aus zwei Gründen aufgefallen: Zum einen ist mein Balkon in der Zeitung gewesen und zum anderen und das ist eigentlich fast wichtiger, zeigt es die Herausforderungen, welche Bülach im Moment hat. Keine andere Stadt in der Schweiz ist derart stark gewachsen in den letzten fünf Jahren, wir sind fast fünfmal schneller gewachsen als die Stadt Zürich. Natürlich nicht absolut, aber das sind enorme Herausforderungen und man sieht, wie Zürich klagt, dass sie Schulhäuser bauen müssen, dann müssen wir erst recht Schulhäuser bauen. Und ich glaube, es ist vielen Leuten nicht bewusst, ich bin nicht sicher, ob es schon einmal eine Stadt gegeben hat, die so stark gewachsen ist, in einer so kurzen Zeit.

Folie 3

Zum wirtschaftlichen Ausblick – Der spielt am Anfang vom Budgetprozess eine grosse Rolle als Input-Faktor. Die Inflation ist glücklicherweise deutlich zurückgegangen, wir sind jetzt noch bei 1,4 Prozent und im Zuge von der tieferen Inflation sind auch die Zinsen deutlich zurückgegangen. Wir sehen auf der rechten Seite die Zinsen, das sind die Zehnjahreszinsen, Swap-Raten. Das ist der Zinssatz, an welchen wir uns als Stadt orientieren müssen, wenn wir von Banken Kredit aufnehmen. Im Moment könnte die Stadt Bülach Kredite zu circa 1,4 bis 1,5 Prozent aufnehmen. Das ist fast die Hälfte, wie es einmal gewesen ist noch vor kurzer Zeit und der Trend zeigt momentan glücklicherweise weiter nach unten.

Folie 4

Das Wachstum gemessen am BIP (Bruttoinlandprodukt) ist deutlich unter dem langjährigen Trend. Aber immerhin sind wir noch im positiven Bereich: Die Ökonomen erwarten zumindest keine Rezession für den Moment. Auf der rechten Seite Konjunkturstimung – berechnet vom SECO – zeigt auch eher ein durchzogenes Bild. Wir sind bei fast minus 1 – auch zu den schlimmsten Coronazeiten sind wir nur ein bisschen mehr als minus 2 gewesen. Das zeigt, dass die Wirtschaft nicht in einer Superform ist.

Folie 5

Wir kommen zum Kostendeckungsgrad. Wir sehen hier das Beispiel der Zusatzleistungen bei der AHV/IV, wie das überhaupt berechnet wird. Zuerst einmal ziehen wir die direkten Kosten vom Erlös ab. Dies ergibt das Ergebnis I resp. den Deckungsbeitrag 1. Also direkte Kosten wie z.B. die Löhne der Mitarbeitende des Bereichs Sozialversicherungen. Vom Ergebnis I wird die Gemeindegkostenumlage



abgezogen – das heisst die Gemeindekosten von dieser Abteilung, z.B. wenn sie ein Meeting haben, dann wird das auf alle Stunden umgerechnet. Alle Mitarbeitende müssen die Zeit erfassen, welche sie für die Stadt Bülach oder eine andere Gemeinde (Bachenbülach, Höri oder Winkel) leisten. Dies kann so relativ genau berechnet werden. Als letztes werden die Overheadkosten abgezogen. Zu den Overheadkosten, was dies alles beinhaltet, komme ich am Schluss noch dazu.

Folie 6

Es gibt grundsätzlich zwei Methoden für die Weiterverrechnung.

Variante 1: Erfolgt die Verrechnung aufgrund von der festgelegten Pauschale z.B. eine Stundenpauschale. Und da sind nachher Abweichungen möglich, weil man erst im Nachhinein die Kosten von diesen Stunden effektiv berechnet.

Variante 2: Erfolgt die Berechnung aufgrund vom effektiven Aufwand im Nachhinein und hier ist der Kostendeckungsgrad immer 100 Prozent.

Bei der Variante 1 kann es Abweichungen geben sowohl nach unten als auch nach oben. Wir sehen auch, es ist, glaube ich, eine abschliessende Auflistung von allen Leistungen, welche wir erbringen, ob die Variante 1 oder Variante 2 sind. Wie gesagt, bei der Variante 2 haben wir immer einen Kostendeckungsgrad von 100 Prozent oder wenn das Stadtparlament einen anderen festlegen wird, wird es einfach so berechnet.

Folie 7

Zu den Overheadkosten zählen Politik (Stadtparlament, Stadtrat, Stadtentwicklung), Stab (Personal inkl. Lernende, Kommunikation, Führung), meine Abteilung Finanzen und Informatik sowie der Weibeldienst. Diese Kosten werden anteilmässig auf alle berechnet, also auch die Gemeinde Winkel zahlt z.B. an das Stadtparlament, obwohl sie eigentlich direkt nichts damit zu tun haben. Das ist so ein bisschen ein Crashkurs, gerne beantworte ich Fragen. Ansonsten wünsche ich euch viel Spass bei der Debatte zum Budget.»

3. Fraktionserklärungen

Der 1. Vizepräsident erteilt Dominik Berner das Wort.

Dominik Berner (SP): «Im Namen der SP-Fraktion möchte ich zunächst unseren Dank an den Stadtrat und die Verwaltung aussprechen sowohl für die Erstellung des Budgets 2023 als auch für die transparente Beantwortung der Fragen aus den verschiedenen Kommissionen. Es freut uns festzustellen, dass auch dieses Jahr ein Ertragsüberschuss verzeichnet wird und Zuweisungen in die finanzpolitische Reserve getätigt werden. Angesichts der bevorstehenden hohen Investitionen ist dies dringend



notwendig. Markus, im Wahlkampf hast du gesagt, bei mir können die Leute, was das Finanzielle angeht, gut schlafen. Ich bin, glaube ich, heute einmal ein erster Wecker. Wir haben grosse Investitionen, welche anstehen. Im Grossen und Ganzen sind wir mit dem Budget 2024 einverstanden. In Anbetracht der Verschuldung, welche in den nächsten Jahren auf uns zu kommt, ist es für uns unverständlich den Steuerfuss bei 92 Prozent zu belassen. Wir beantragen später eine Erhöhung des Steuerfusses um 2 Prozent in der Hoffnung, dass diese moderate Erhöhung es uns erspart, in ein paar Jahren den Steuerfuss um 6 Prozent oder gar 8 Prozent erhöhen zu müssen. Dies nach dem Motto *«Ein Loch im Dach muss man bei Sonnenschein flicken, wenn der Regen kommt, ist es zu spät.»* Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass wir die Anträge aus einigen Kommissionen zur Erhöhung der Kostendeckungsgrade in den einzelnen Produktgruppen ablehnen. Dies nicht wegen dem Grundsatzgedanken, sondern, weil wir glauben, dass es sinnvoller ist, dass die Kommissionen im nächsten Jahr bei diesen Anliegen mit den Abteilungen und den Stadträten zusammensitzen, das Prüfen und auch die Konsequenzen solcher Anpassungen zu beleuchten. Und nicht einfach nur ein zahlenorientierter Ansatz machen. Es ist generell so, die Wirkungszielesteuerungsgrösse und die Kostendeckungsgrad die haben wir jetzt ein paar Jahre. Ich glaube, da schadet es nichts, wenn wir in den Kommissionen zusammen mit dem Stadtrat und den Abteilungsleitern prüfen, welche sind sinnvoll, welche wollen wir anpassen oder welche sind sogar streichungswürdig. Wie gesagt einfach an den Zahlen schrauben, einfach mit dem Rotstift durch – das macht wenig Sinn. Die Forderungen einiger Parlamentarier, die pauschale Kürzungen bei den Personal- und Betriebskosten der Stadt vorsehen, lehnen wir ebenfalls ab. Auch das ist absolut verständlich, was die Motivation dahinter ist. Aber pauschal streichen auf Zahlenebene macht keinen Sinn, ohne dass wir uns damit auseinandergesetzt haben, was bedeutet das, wenn wir das streichen. Macht das bitte in den Kommissionen, setzt euch damit auseinander, weil erst dann können wir sachbezogen darüber diskutieren und nicht einfach nur eine «Milchbüchleinrechnung» machen, ins Portemonnaie schauen, ja, es hat noch ist gut oder nein, es hat nichts mehr und es ist nicht gut. Wenn es darum geht, laufende Kosten zu streichen oder den Personalkosten-Rotstift einfach ohne die Konsequenzen zu überlegen, macht wenig Sinn aus unserer Sicht. In Bezug auf die Personalkosten möchten wir betonen, dass wir den Bedarf an den vorgeschlagenen neuen Stellen, welche im Budget eingestellt sind zum Teil massiv, im Grossen und Ganzen als erwiesen ansehen. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass die Stadt Bülach weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Gerade auch mit dem Fachkräftemangel müssen wir schauen, dass wir gute Leute bekommen. Wir haben viele gute Leute, wir haben aber noch zu wenig gute Leute und darum unterstützen wir dann auch am Schluss den Antrag vom Stadtrat in Sachen Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhungen.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Britta Müller-Ganz das Wort.



Britta Müller-Ganz (FDP): «Wir bedanken uns beim Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für die Erstellung des Budgets und für die Beantwortung der Fragen aus den Kommissionen. Schaut man sich das Budget an, lässt sich feststellen: Wir bewegen uns sehenden Auges auf den finanziellen Abgrund unserer Stadt zu. Der Stadtrat sprach bei der Präsentation des Budgets vom Schulden machen, vom Finanzausgleich und von künftigen Steuererhöhungen. Aber mit keinem Wort wurde erwähnt, wie man die Ausgaben in den Griff bekommen will. Die Ausgaben und die Anzahl der Stellen in der Verwaltung sind in den letzten Jahren überproportional zur Bevölkerung gewachsen: Seit dem Jahr 2020 gibt es in unserer Stadt 11 Prozent mehr Einwohnerinnen und Einwohner, während das nun vorliegende Budget 24 Prozent höher ausfällt als noch die Rechnung 2020. Seit 2022 sollen die gesamten Kosten bis 2024 von 160 Millionen Franken auf 185 Millionen Franken oder um 16 Prozent wachsen, die Bevölkerungszahl steigt in der gleichen Zeit um 2 Prozent. Wie ihr euch unschwer vorstellen könnt, tut sich die Fraktion der FDP mit der geplanten Kostenexplosion in den Jahren 2023 und 2024 schwer. Für die Einzelbudgets von Leistungsgruppen und Produktgruppen gibt es innerhalb der Fraktion keine einheitliche Meinung. Die Änderungsanträge aus den Kommissionen, die eine Erhöhung der jeweiligen Kostendeckungsgrade fordern, werden wir aber auf jeden Fall unterstützen und bei der Schlussabstimmung das Budget einheitlich ablehnen. Damit wollen wir anregen, dass das Gesamtbudget vom Stadtrat nochmal überarbeitet und das Kosten- und Stellenwachstum eingedämmt wird. Der Budgetnachtrag zu den Energiekosten zeugt von einer transparenten Finanzplanung und ist für uns unbestritten. Für die Löhne des städtischen Personals werden wir die im Budget vorgesehene Erhöhung um 2 Prozent unterstützen. Somit sind Realloohnerhöhungen möglich, die deutlich über die aktuelle Inflation hinausgehen. Wie ihr seht, geht es uns heute nicht ums Sparen, sondern darum, weniger zusätzlich auszugeben. Zu diesem Thema möchte ich als kleinen Ausblick ankündigen, dass wir im ersten Quartal 2024 eine möglichst breit aufgestellte Diskussion mit euch allen über die Gestaltung des Budgets 2025 führen möchten und auch die Unterstützung für einen parlamentarischen Vorstoss suchen werden. Dabei würden etwa folgende Punkte angesprochen: Das Stellenwachstum der Verwaltung und das Gesamtkostenwachstum im Allgemeinen soll künftig erheblich begrenzt werden. Alle Leistungen an Dritte, Private oder andere Gemeinden, sind mit vollen Kosten plus 10 Prozent zu verrechnen. Und zwar darum, weil wir einfach davon ausgehen, dass die Overheadkosten verdeckt gewisse Sachen nicht enthalten. Z.B., wenn wir immer noch mehr Leistungen erbringen für andere Gemeinden führt das dazu, dass die erforderliche Fläche an Büroräumlichkeiten usw. nicht mehr ausreicht und wir somit in einen Sprung hineinkommen von zusätzlichem Bedarf an Flächen, nur um ein Beispiel zu nennen. Bei Infrastruktur und Angeboten, welche nicht nur von Bülacherinnen und Bülachern genutzt werden, soll mit einem «Bülacher-Ausweis» oder einer «Büli-Card-App» ein Tarif für die Einheimischen eingeführt werden. Die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt sollen von



differenzierten Preisen profitieren können, wenn sie schon die ganzen Investitionen und Ausgaben alleine tragen müssen. Wir danken euch für die Unterstützung.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne): «Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für das Erstellen des Budgets 2024. Auf Fragen wurden schnell kompetente Antworten geliefert, welche an den Fachkommissionssitzungen diskutiert werden konnten. Seit mehreren Jahren kritisieren die Grünen die Sparpolitik der bürgerlichen Mehrheit der Stadt Bülach. Einerseits wollte die Stadt Bülach wachsen und «gute Steuerzahlenden» anlocken, andererseits sparte sie an Infrastrukturen. Der Balken, welcher Markus vorher gezeigt hat, ist nicht von gestern entstanden, sondern haben wir schon vor Jahren sehen kommen. Aber letztes Jahr tönte der Stadtrat so, wie wenn der Balken nicht existieren würde. Ich meine der Balken des Artikels «dicht, dichter, Bülach» in der NZZ vom 25. November 2023. Der Stadtrat gibt jetzt endlich zum ersten Mal klar zu, dass die nötigen Investitionen nicht alle selbst finanziert werden können. Es ist eine Binsenwahrheit, dass zusätzliche Ausgaben nur durch Einsparungen an anderen Orten oder aber Steuererhöhungen aufzufangen sind. Und wir wissen alle, dass beides äusserst unpopulär ist. Deshalb wurde es bis zum letzten Jahr vom Stadtrat verneint und wir haben alle so getan oder besser gesagt, Sie haben alle so getan, ich nicht, andere auch nicht, wie wenn die Welt ganz in Ordnung wäre und die Steuererhöhungen nie im Leben kommen würden, weil wir ja eben alles im Griff hatten. Also, Sie, wir nicht. Mit dem durch die Bautätigkeit verursachten Bevölkerungswachstum, das auch vorauszusehen war, als man in Bülach Nord gebaut hat, wird die öffentlichen Infrastrukturen in Zukunft noch stärker belastet werden. Für das Budget 2024 wird mit einer Zunahme der Bevölkerung von 1,1 Prozent gerechnet, das heisst das Wachstum der Bevölkerung hat noch nicht aufgehört und es wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Jetzt haben wir den Balken gesehen, aber der Balken wird nicht kleiner, er wird noch grösser werden. Das ist kein Problem, wenn man die nötigen Massnahmen frühzeitig genug trifft, aber bisher hat man den Balken eben nicht gesehen. So müssen die öffentlichen Schulen ausgebaut werden und wenn Bülach ein attraktiver Wohnort für Familien sein soll, haben wir immer gesagt, in den letzten Jahren, muss die Stadt in die öffentlichen Schulen investieren. Jetzt wird es gemacht. Es wäre gut gewesen, man hätte es auch vorher schon geplant und gemacht. Ich meine in der letzten Legislatur, das ist auch für uns Grüne eine klare Priorität. Es war vorher eine klare Priorität und es bleibt eine klare Priorität, die Investitionen in die Schule. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass in Zukunft die Investitionen im Sozialbereich proportional steigen werden. Auch die Verwaltung wird sich noch stärker professionalisieren müssen. Insgesamt – jetzt müssen wir einfach die Realität sehen – führen die vorgesehenen Investitionen zu einem Abbau des Nettovermögens in den nächsten Jahren. Im Finanz- und Aufgabenplan 2023 - 2027 kann man lesen: *«Das Nettovermögen*



wird rasch vollständig abgebaut, am Ende der Planung liegt die Nettoschuld bei 81 Millionen Franken, was einer sehr hohen Verschuldung entspricht. Zusammen mit den Gebührenhaushalten dürften die verzinslichen Schulden um fast 150 Millionen auf 235 Millionen Franken zunehmen.» Um es deutlich zu sagen, in den nächsten Jahrzehnten, egal bei wem oder mit wem oder jeder bei sich da etwas für Tricks überlegt, um die Rhetorik der Finanzen zu gestalten, wird es zu einer massiven Erhöhung des Steuerfusses kommen, wenn es so weitergeht. Also ich sehe keine andere Möglichkeit, aber es ist nicht so, dass wir uns darüber freuen. Es ist einfach so, dass wir immer über das Timing reden. Wann sollen die Dinge gemacht werden und wann soll die Wahrheit gesagt werden? Für uns ist wichtig, die Wahrheit sollte immer gesagt werden, auch über diese harten Sachen, auch vor den Wahlen auch nach den Wahlen. Dieser Aufwand führt nicht nur kurzfristig, sondern auch in Zukunft zu einer noch grösseren Zunahme der Verschuldung. Wir dürfen die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache, dass aufgrund der weiterhin starken Bevölkerungszunahme weitere sehr hohe Investitionen bis 2027 anfallen. Der Voranschlag 2024 sieht einen Ertragsüberschuss von 669 568 Franken vor. Das ist auf den ersten Blick eine gute Nachricht. Aber nur wenn man kurzfristig denkt. Die finanziellen Aussichten der Stadt machen uns Grünen Sorgen. Der Aufwand wird bis 2027 proportional weit mehr ansteigen als der Ertrag. Das strukturelle Defizit, welches der Stadtrat anvisiert, wird einfach vor sich hergeschoben. Unsere Nettoverschuldung nimmt besorgniserregende Züge an. Sie wird noch weiter ansteigen, denn die relative Steuerkraft, die in Bülach bereits relativ tief ist, wird möglicherweise weiter abnehmen. Es kommen grosse Investitionen auf uns zu, ich fasse es kurz zusammen: Die aus notwendig und unausweichlichen Gründen da sein werden. Um diese Investitionen finanzieren zu können, muss - aus unserer Sicht, wie auch Dominik von der SP gesagt hat - der Steuerfuss um 2 Prozent schon jetzt erhöht werden. Uns Grüne enttäuscht es immer wieder, wenn der Stadtrat und die bürgerliche Mehrheit im Stadtparlament viel zu wenig an die Zukunft denken und mit ihrer kurzfristigen Finanzplanung die Probleme einfach auf die nächsten Generationen schieben. Deshalb werden wir zwar dem Budget 2024 zustimmen, aber auch der Steuererhöhung von 2 Prozent zustimmen, also den Antrag den Dominik stellen wird.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Philemon Abegg das Wort.

Philemon Abegg (GLP/EVP/die Mitte): «Beim Budget ist es doch so, wie beim Samichlaus, welcher letzte Woche in vielen Wohnungen stand. Man weiss nie, was einem aus diesem dicken Buch Positives und Negatives erwartet. Kann man sich freuen oder gibt es nichts sich zu freuen. Die GLP/EVP/die Mitte-Fraktion hat das dicke Buch studiert und analysiert und hat sehr viel Erfreuliches gefunden. Unser Fazit bereits vorab: Mit diesem Budget haben wir die Finanzen im Jahr 2024 im Griff. Es schaut ein Ertragssüberschuss heraus, welchen wir in die politische Reserve übertragen können. Es wurden bereits



vorab einige Anträge aus den Fachkommissionen und RPK gestellt. Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit hat einige Anträge eingereicht, welche, wie Markus Surber gesagt hat, so nicht gültig sind. Es wurde aber der Kontakt vom Stadtrat und der Verwaltung gesucht und schlussendlich wurde der Fachkommission mitgeteilt, dass mit diesen Anträgen eine Reduktion des Resultats der Produktgruppe SP-01 von 82 000 Franken beantragt werden könnte. Ausserdem seien die Preise seit ungefähr 20 Jahren nicht mehr gestiegen. Obwohl wir heute Abend nicht über eine Preiserhöhung abstimmen, führt unsere Entscheidung mit grosser Wahrscheinlichkeit zu diesem Resultat. Die Fraktion GLP/EVP/die Mitte hat die Stimmfreigabe zu diesen Anträgen beschlossen. Bei den Anträgen der Kommission Bildung & Soziales und des Stadtrats in den Bereichen Bildung und Soziales sehen wir nicht ein, weshalb bereits jetzt an der Budget-Sitzung gehandelt werden soll. Beide Anträge möchten eine Änderung der Vorgabe. Damit wir alle dies gut prüfen können, lehnen wir den Antrag der Fachkommission sowie den Antrag des Stadtrats ab und empfehlen auch da, diese auf die kommende Rechnungssitzung im nächsten Juni zu prüfen. Ich komme noch kurz zu den Anträgen aus dem Stadtrat und der RPK. Zuerst zur Teuerungsentwicklung und dem Lohnbeschluss. Wir als GLP/EVP/die Mitte-Fraktion unterstützen mehrheitlich Lohnerhöhungen von 2,2 Prozent, wie sie der Kanton Zürich und die RPK vorschlagen. Wir müssen zu unseren Mitarbeitenden, welche täglich einen guten Job machen, Sorge tragen, unsere Finanzen jedoch nicht ausser Acht lassen. Die erhöhten Energiekosten müssen wir wohl oder übel tragen. Positiv ist hier nur, dass der Stadtrat bereits jetzt weitsichtig handelt und beantragt, diesen Kostenpunkt zu erhöhen. Das erspart uns die Diskussionen bei der Rechnung vom 2024. Zum Schluss noch das vermutlich kontroverste Thema heute Abend: Der Steuerfuss. Auch bei uns in der Fraktion wurde bereits ausgiebig vordiskutiert. Die Sicht auf einen grossen Berg an Investitionen lockt, den Steuerfuss zu erhöhen. Wir könnten bereits jetzt die laufenden Investitionen besser decken und dafür sorgen, dass wir in Zukunft ein bisschen weniger Schulden anhäufen würden. Bei einem voraussichtlichen Schuldenberg von mehr als 200 Millionen Franken, müssten wir bei einem ungefähren Steuerertrag von 1 Millionen Franken pro Prozent aber ziemlich viel erhöhen, damit wir uns gar nicht zu verschulden. Was aber auch gesagt werden muss: Die Investitionen, welche wir tätigen, werden in der laufenden Rechnung abgeschrieben. Und diese Zahlen haben wir – Stand jetzt – im Griff. Aus diesem Grund sieht die Mehrheit der Fraktion GLP/EVP/die Mitte noch keinen Grund zum Handeln und spricht dem Stadtrat das Vertrauen aus, die Situation im Griff zu haben. Zurück zum Samichlaus und was in dem dicken Buch steht: Für das Jahr 2024 zeigt sich viel Positives. Wir sind privilegiert, dass wir uns für das Jahr 2024 keine finanziellen Sorgen machen müssen, sondern auf die weitere Zukunft schauen können. Aber Ausruhen auf dieser guten Ausgangslage ist nicht angesagt. Wir müssen wachsam bleiben, damit wir auch in Zukunft dieses Privileg haben werden. Besten Dank.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Romaine Rogenmoser das Wort.



Romaine Rogenmoser (SVP/EDU): «Ein besonderer Dank gebührt der Finanzabteilung unter Markus Wanner, Leiter Finanzen und Informatik, der hier einmal mehr herausragende Arbeit abgeliefert hat mit der Bereitstellung dieses umfangreichen Werkes. Die SVP/EDU-Fraktion hat das Budget 2024 intensiv diskutiert und ist besorgt über die stark ansteigenden Ausgaben. Obwohl das Budget auf den ersten Blick mit ansprechenden Zahlen daherkommt, steigen die Kosten überproportional zu den zusätzlichen Einnahmen. Zudem bereiten uns die exorbitanten künftigen Investitionen schlaflose Nächte. Diese werden die künftigen Erfolgsrechnungen noch stärker mit steigenden Abschreibungen belasten. Vom aktuellen unterirdisch tiefen Selbstfinanzierungsgrad von 29 Prozent mag ich schon gar nicht mehr reden. Sie können auch nicht einen neuen Carport bauen, wenn Sie nur 30 Prozent Eigenmittel haben. Denken Sie mal darüber nach. Besonders kritisch betrachtet die Fraktion die beantragten zusätzlichen Vollzeitstellen. Seit der neuen Legislatur hat der Stadtrat ein unglaubliches Ausgabewachstum zugelassen – so steigt der Nettoaufwand pro Einwohner mit dem Budget an. Die SVP-Fraktion weist jetzt schon darauf hin, dass diese Entwicklung in den nächsten Jahren zu negativen, operativen Ergebnissen führen wird, was den bis anhin ausgewogenen Finanzhaushalt massiv in Schieflage bringen wird. Betreffend Lohnerhöhung ist die SVP klar der Meinung, dass die im Budget veranschlagten 2 Prozent Lohnerhöhung ausreichen, um die Arbeit des Personals ausreichend zu würdigen. Schliesslich haben wir erst letztes Jahr einen ganzen Strauss von Fringe Benefits abgesegnet, so dass die Attraktivität, bei der Stadt Bülach zu arbeiten, erneut gestiegen ist. Ich möchte hier nur einige nennen: Massage, Halbtax Abo, aussergewöhnlich hohe Pensionskassenleistungen, Früchtekörbe, ZVW Beteiligungen, Gratiseintritt in sämtliche Sportanlagen in Bülach (ich als Steuerzahler muss überall Eintritt zahlen), Zoo Zürich Tickets, Sport über Mittag, finanzielle Unterstützung bei der Kinderbetreuung usw. Es ist schlicht nicht einzusehen, dass hier noch mehr Gelder gesprochen werden sollen, als es z.B. die kantonalen Angestellten erhalten. Zudem ist sich die SVP ihrer Verantwortung dem Gewerbe gegenüber bewusst. Die Verwaltung gräbt mit ihren äusserst vorteilhaften, durch den Steuerzahler finanzierten Goodies der Privatwirtschaft die fähigen Leute ab. Mit diesen Konditionen kann ein normaler Gewerbetreibender schlicht nicht mehr konkurrenzieren. Deshalb ist dieser Lohnspirale nach oben, angetrieben durch die Kommunen, endlich ein Riegel zu schieben. Die SVP fordert eine konsequente Aufgaben- und Leistungsüberprüfung und eine sinnvolle Verwendung der Transferzahlungen des Kantons Zürich. Dazu gehört der Finanzausgleich sowie die Beiträge aus dem Strassenfonds und auch die erhöhten Zuwendungen für die Ergänzungsleistungen. Aktuell belaufen sich diese Zahlungen der letztgenannten Positionen in Millionenhöhe, so dass eigentlich eine Steuersenkung fällig wäre von 3 – 5 Prozent. In Anbetracht der sich abzeichnenden Defizite verzichtet die SVP auf einen Steuersenkungsantrag, findet es aber sehr störend, dass diese zusätzlichen Kantongelder einfach wieder verplant werden, statt dass sie zur Entlastung der Steuerzahlenden eingesetzt werden, wie es vom Kanton vorgesehen war. Wir kommen im Übrigen zur selben Einschätzung wie Dr. Luis M. Calvo Salgado, der als



Minderheitsmeinung der RPK klargestellt hat, dass die Finanzen der Stadt völlig aus dem Ruder laufen. Nur kommen wir bezüglich Schadensbegrenzung nicht zum selben Schluss, den Steuerfuss anzuheben. Für die SVP ist klar, dass man an der anderen Stellschraube drehen muss, um die Finanzen in den Griff zu kriegen: Nämlich die Kosten bzw. Ausgaben zu senken. Davon sehen wir aber leider rein gar nichts, denn die Begehrlichkeiten sind offenbar grenzenlos. Eine Mehrheit der SVP/EDU-Fraktion stimmt zähneknirschend dem aktuellen Budget beim vorgeschlagenem Steuerfuss und der Investitionsrechnung zu. Eventuelle Anträge, welche zu einer Verschlechterung des Budgets führt, lehnen wir konsequent ab. Besten Dank.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Peter Stiefenhofer das Wort.

Peter Stiefenhofer: «Ich möchte ein bisschen etwas Grundsätzliches sagen. Zuerst noch schnell zu Dr. Luís M. Calvo Salgado, seinem kleinen Beispiel mit dem klassischen Theater, wo immer Kräfte von aussen gewirkt haben und das Publikum hat es nicht gemerkt. Ich glaube, da ist es eben umgekehrt, die auf der Bühne merken es nicht und das Publikum wird es merken. Es geht ein bisschen in diese Richtung. Erstens einmal haben wir ein sehr komplexes Budget. Ich habe das erste Mal Gelegenheit gehabt, dies anzuschauen. Ich bewundere euch, dass ihr das alles so im Griff haben. Wir stimmen heute über 45 Produktgruppen ab, möglicherweise auch über eine von diesen 119 Unter-Produktgruppen. Hingegen nicht Gegenstand der Budgetabstimmung im Einzelnen sind die einzelnen Elemente des Gesamtbildes: Totale Verwaltungsstellen, Totalaufwand und die langfristige Kostenentwicklung. Seit 2016, wie wir bereits gehört haben, ist die Bevölkerung in Bülach sehr stark gewachsen um 23,6 Prozent. In der gleichen Zeit ist die Stellenzahl der Verwaltung um 36,7 Prozent gestiegen, also um 50 Prozent mehr. Die Personalkosten sind um 50 Prozent gestiegen. Geradezu eine Kostenexplosion, weil ich jetzt das erste Mal dabei bin, stelle ich fest, seit 2022, im Hinblick auf das Budget 2024. Die Bevölkerungszahl soll in diesen zwei Jahren noch um 2,2 Prozent wachsen. Die Stellenzahl wächst aber um 13 Prozent, Personalkosten um 17 Prozent, was ja richtig ist. Das passt jetzt 13 Prozent Stellenzuwachs und der übrige Betriebsaufwand, der wächst um 15 Prozent. Ich persönlich, kann so einem Budget nicht zustimmen. Ich kann es nicht verantworten und ich werde es nicht akzeptieren – Ich. Bülach hat sehr professionelle, wie ich gemerkt habe, engagierte Angestellte mit den besten Absichten. Als Parlamentarier jetzt zu sagen, an welchen von diesen 45 Produktgruppen oder 119 Unter-Produktgruppen geschraubt wird, damit das Gesamtbild wieder stimmt. Das finde ich persönlich weder sachgemäss noch wäre es fair. Es wäre meines Erachtens diskriminierend gegenüber gewissen Kostenstellen, wenn man anfängt Einfluss zu nehmen und bei anderen nicht. Und es wäre eine Anmassung. Ich werde deshalb konsequent jeder Budgetabstimmung Nein sagen und ich werde zum Gesamtbudget Nein sagen. Details, wo gespart werden muss, wie genau und wo weniger investiert werden muss, gibt es klar



Abteilungen, welche nachholen müssen. Da muss man mehr machen. Das ist eine Führungsaufgabe vom Stadtrat und nicht von einzelnen Parlamentariern, welche Einfluss nehmen wollen. Sparen ist gar nicht das Ziel, sondern das Kostenwachstum ein bisschen zu verlangsamen und das ist eine Führungsaufgabe des Stadtrats. Zustimmung könnte ich einem Budget 2024 mit dem Wachstum seit 2022 von immerhin noch 9 Prozent Stellenzuwachs und der entsprechenden Lohnerhöhung und einem Zuwachs von den übrigen Kosten um 10 Prozent in 10 Jahren, so etwas würde ich zustimmen. Aber das, was heute vorliegt, stimme ich überall Nein.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Stadtpräsident Mark Eberli das Wort.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Nach diesen Voten muss ich schon noch etwas erwähnen, was für mich noch wichtig ist. Die Nettokosten pro Einwohner sind seit 2013 genau gleich hoch. Haben Sie das verstanden? Gut! Danke vielmals.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Pause von 19.30 – 19.40 Uhr

4. Detailberatung Produktgruppenbudget 2024, nach Abteilungen und Geschäftsfelder

Hinweise zum weiteren Vorgehen:

1. Die Detailberatung zum Produktgruppenbudget erfolgt in der Reihenfolge (nach Abteilungen und Ressorts) wie im Buch abgebildet.
2. Die Kommissionen bringen ihre Informationen und Anträge direkt bei den jeweiligen Produktgruppen ein.
3. Der Stadtrat kann während der Detailberatung zu den Anträgen und den dazu gefallenen Voten Stellung nehmen.
4. Es wird zuerst über alle Zusatz- oder Änderungsanträge im jeweiligen Geschäftsfeld abgestimmt. Danach wird grundsätzlich über das gesamte *bereinigte* Geschäftsfeld abgestimmt (z.B. SO-01 bis SO-05 und SO-07).
5. Möchte jemand über eine Produktgruppe (z.B. SO-03) separat abstimmen lassen, bittet der Vorsitzende denjenigen einen Antrag zu stellen.
6. Bei nicht eindeutigen Abstimmungen sowie bei der Schlussabstimmung wird zwingend ausgezählt. Ansonsten gilt das eindeutige Mehr.



Der 1. Vizepräsident bittet die Stimmzählenden laut zu zählen.

Es gibt keine Einwände gegen dieses Vorgehen.

Produktgruppenberichte Ressort Bevölkerung und Sicherheit (Seiten 6–47)
Leistungsgruppe: Bevölkerungsdienste (BE), Sicherheit (SI) u. Sport (SP)

Leistungsgruppe Bevölkerungsdienste (BE)

BE-01 Bevölkerung, BE-02 Friedensrichter und BE-03 Märkte, Plakatwesen und Veranstaltungen

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von BE-01 bis BE-03.

Der 1. Vizepräsident erteilt Patrizia Grütter das Wort.

Patrizia Grütter: «Zuerst möchte ich mich herzlich bei allen Beteiligten für die Erstellung des Budget 2024 bedanken. Ebenso möchte ich die sehr gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Stadträten sowie der Verwaltung erwähnen. Unsere im Vorfeld gestellten Fragen wurden umfassend und transparent beantwortet – vielen Dank dafür. In der Kommission haben wir das Budget 2024 nach bestem Wissen und Gewissen durchleuchtet. Über alles gesehen ist das Budget akzeptabel, auch wenn wir uns alle bewusst sind, dass im Hinblick auf die wachsende Verschuldung andere Zeiten auf unsere Stadt zukommen werden. In der Kommission waren wir teilweise geteilter Meinung, als es um die Verabschiedung der Budgets der einzelnen Produktgruppen ging. Nicht alle wurden einstimmig durchgewunken. Unsere Arbeit im Stadtparlament besteht darin, dass wir auch kritisch hinterfragen, und das war in unserer Kommission definitiv der Fall. Besonders kontrovers wurde der Sport diskutiert. Für uns war unverständlich, warum das Produktgruppenbudget häufig nicht den Vorgaben entspricht, und mit entsprechenden Änderungsanträgen wollten wir die Angleichung erwirken. Die Kostendeckungsgrade im Bereich Sport sollten unserer Ansicht nach erhöht werden. Wie dies effektiv geschehen soll, liegt nicht in unserer Kompetenz. Wie wir im Nachhinein erfahren haben, sind unsere Änderungsanträge so, wie wir sie eingereicht haben, nicht gültig. Solche Änderungen müssen zwingend mittels Anpassung des Globalbudgets erfolgen und das bedeutet, dass wir mit einem konkreten Betrag in Franken die Anpassung hätten verlangen sollen. Dies ist ein Form-Fehler aus unserer Kommission. Nachdem uns der Fehler mitgeteilt wurde, hat eine offene Kommunikation mit Stadtrat Daniel Ammann stattgefunden und wie immer war der Austausch konstruktiv und ich bedanke mich im Namen aller



Kommissionsmitglieder dafür. Wir wollten der Verwaltung aufzeigen, dass wir eine Annäherung an die vorgegebenen Kostendeckungsgrade im Bereich Sport verlangen. Das Anliegen wurde von der Verwaltung erkannt und uns wurde mitgeteilt, dass unsere Änderungsanträge eine Reduktion des Budgets von rund 82 000 Franken zur Folge hätte. Durch unseren Anstoss mit den Änderungsanträgen hat die Verwaltung umgehend reagiert und die Erhöhung der Eintrittspreise wieder thematisiert. Diese wurden vor einigen Jahren auch im Stadtparlament diskutiert. In der Zwischenzeit ist dafür jedoch nur noch der Stadtrat zuständig. Eine entsprechende Erhöhung soll daher im Stadtrat diskutiert werden, da sind wir dafür. Die Eintrittspreise wurden seit vielen Jahren nicht mehr angepasst, obwohl Stromkosten, Mehrwertsteuer usw. teurer geworden sind. Wir möchten heute Abend nicht über eine einzige Möglichkeit (in diesem Fall die Eintrittspreis-Erhöhung) zur Anpassung der Kostendeckungsgrade abstimmen müssen, sondern in der Verwaltung und im Stadtrat sollen fundiert verschiedene Möglichkeiten abgeklärt werden. Selbstverständlich werden wir das Augenmerk weiterhin auf diesem Thema haben und allenfalls mit der Rechnung 2023 nochmals thematisieren. Die Mehrheit der Kommission hat sich nun nach eingehenden Diskussionen und den vorhin erwähnten Gründen für den Rückzug der Änderungsanträge Produktgruppe SP-01 ausgesprochen. Eine Minderheit der Kommission wird einen Änderungsantrag stellen, der eine Anpassung des Globalbudgets der Produktgruppe SP-01 verlangt. Danke.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme die Produktgruppen BE-01 bis BE-03 genehmigt.

Leistungsgruppe Sicherheit (SI)

SI-01 Stadtpolizei Bülach, SI-02 Feuerwehr, SI-03 Zivilschutz und SI-04 Schiessanlage

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von SI-01 bis SI-04.

Es gibt keine Wortmeldungen.



Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme die Produktgruppen SI-01 bis SI-04 genehmigt.

Der 1. Vizepräsident übergibt die Sitzungsleitung für die Leistungsgruppe SP-01 und SP-02 am 2. Vizepräsidenten Andres Scheuss.

Leistungsgruppe Sport (SP)

SP-01 Sportzentrum Hirslen und Freibad und SP-02 Sportamt

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt, unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge, mehrheitlich die Genehmigung von SP-01 und SP-02.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von SP-01 und SP-02.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bevölkerung & Sicherheit

SP-01 Sportzentrum Hirslen und Freibad: Durch die Erhöhungen der Budgetvorgaben in den einzelnen Produktgruppen erwartet die Fachkommission, dass sich auch das Budget in der Steuerungsgrösse des Kostendeckungsgrads Sportzentrum Hirslen und Freibad erhöht.

Änderungsantrag 1 der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu SP-01.1 Hallenbad (mehrheitlich)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt die **Abänderung der Steuerungsgrösse** Kostendeckungsgrad im Budget von 41 % auf **45 %**.

Begründung: Die Fachkommission ist der Ansicht, dass das Produktgruppenbudget den Vorgaben angeglichen werden soll.

Änderungsantrag 2 der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu SP-01.2 Kunsteisbahn (mehrheitlich)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt die **Abänderung der Steuerungsgrösse** Kostendeckungsgrad im Budget von 74 % auf **75 %**.

Begründung: Die Fachkommission ist der Ansicht, dass das Produktgruppenbudget den Vorgaben angeglichen werden soll.



Änderungsantrag 3 der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu SP-01.4 Weitere Angebote Sportzentrum Hirslen (mehrheitlich)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt die **Abänderung der Steuerungsgrösse** Kostendeckungsgrad im Budget von 47 % auf **49 %**.

Begründung: Die Fachkommission ist der Ansicht, dass das Produktgruppenbudget den Vorgaben angeglichen werden soll.

Änderungsantrag 4 der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu SP-01.5 Freibad (mehrheitlich)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt die **Abänderung der Steuerungsgrösse** Kostendeckungsgrad im Budget von 39 % auf **40 %**.

Begründung: Die Fachkommission ist der Ansicht, dass das Produktgruppenbudget den Vorgaben angeglichen werden soll.

Änderungsantrag 5 der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu SP-01.6 Sporthalle (mehrheitlich)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt die **Abänderung der Steuerungsgrösse** Kostendeckungsgrad im Budget von 9 % auf **11 %**.

Begründung: Nach der Anpassung der Vorgabe durch das Stadtparlament auf 15 % soll das Budget mindestens dem Ist-Zustand aus der Rechnung 2022 angeglichen werden.

Rückzug der Änderungsanträge der Leistungsgruppe SP-01

Mit E-Mail vom 11. Dezember 2023 hat die Präsidentin der Kommission Bevölkerung & Sicherheit das Parlamentssekretariat informiert, dass die Kommission Bevölkerung & Sicherheit sich mehrheitlich für den Rückzug ihrer Änderungsanträge der Leistungsgruppe SP-01 ausgesprochen hat. Die Mitglieder des Stadtparlaments und der Stadtrat wurden darüber vorgängig informiert worden.

Änderungsantrag zur Produktgruppe SP-01 Sportzentrum Hirslen und Freibad der Minderheit der Kommission Bevölkerung & Sicherheit (Minderheitsantrag)

Produktgruppenbudget: Reduktion des Resultats um 82 000 Franken von 2,13 Millionen Franken auf 2,048 Millionen Franken.

Begründung: Die zurückgezogenen Änderungsanträge der Kommission bezogen sich auf die Änderung der Steuerungsgrösse Kostendeckungsgrad der einzelnen Produkte. Der nun vorliegende Änderungsantrag bezieht sich hingegen auf das Gesamtbudget der Produktgruppe und entspricht sowohl den technischen Anforderungen als auch der Empfehlung des Ressorts Bevölkerung und Sicherheit.



Die Mitglieder des Stadtparlaments und der Stadtrat wurden darüber vorgängig informiert.

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit verzichtet auf eine Wortmeldung.

Der 2. Vizepräsident erteilt Stephan Ziegler das Wort.

Stephan Ziegler: «Wie uns eben von der Kommissionspräsidentin erläutert wurde, hat sich die Kommission intensiv mit den sinkenden Kostendeckungsgraden auseinandergesetzt und sich ursprünglich mehrheitlich für deren Erhöhung ausgesprochen. Da die Anpassungen der Steuerungsgrössen der einzelnen Produkte in der anfänglich beantragten Form nicht zulässig sind, hat sich nun eine Minderheit der Kommission dazu ausgesprochen, einen technisch korrekten Änderungsantrag zu stellen. Dieser erlaubt es dem Stadtrat, die gestiegenen Kosten für Energie, den durch kantonale Hygienevorschriften erhöhten Reinigungsaufwand und die durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu erwartenden Mindereinnahmen entweder mit Einsparungen oder mit Zusatzeinnahmen, wie beispielsweise einer Angleichung der Eintrittspreise auf ein marktübliches Niveau, zu kompensieren. Mit diesen Massnahmen sollte es möglich sein, die Kostendeckungsgrade entsprechend den ursprünglichen Anträgen zu verbessern. Merci.»

Der 2. Vizepräsident erteilt Peter Frischknecht das Wort.

Peter Frischknecht: «Ich habe wahrscheinlich als Erster darauf hingewiesen, dass der Antrag, so wie er ursprünglich gewesen ist, nicht möglich ist. Der vorliegende Minderheitsantrag ist nun aus meiner Sicht zulässig und könnte auch behandelt werden. Aber ich möchte noch ein paar grundsätzliche Gedanken zu diesen Anträgen sagen, welche folgen. Sowohl vom Stadtrat als auch von verschiedenen Kommissionen werden nämlich Änderungen am Kostendeckungsgrad vorgeschlagen. Dabei muss man einfach beachten, dass der normale Ablauf von der wirkungsorientierten Verwaltungsführung eigentlich vorsehen würde, dass die Beurteilung dieser Vorgaben, nicht vom IST-Wert, sondern von den Vorgaben anhand von den Ergebnissen jeweils stattfinden sollte. Anschliessend hätten somit die Verwaltung und der Stadtrat Zeit, die notwendigen Veränderungen zur Erreichung von diesen angestrebten Kostendeckungsgrad aufzuzeigen. Im Rahmen der Vorbereitung zum Budget 2024 konnte man leider keine ausreichenden Diskussionen führen, was das wirklich bewirkt und zwar weder wie sich der Kostendeckungsgrad genau ermittelt – dies haben wir zwar vorher noch kurz gesehen, müsste man aber einmal noch genau anschauen, auch wie es dann im Bericht deklariert wird – als eben auch dazu, was die Auswirkungen einer Reduktion auf das Produktgruppenbudget wirklich bewirkt. Auch Fragen, in welcher Höhe solche Verrechnungen an andere Gemeinden sinnvoll sind, müsste man wirklich einmal



vertieft anschauen. Ich schlage darum vor, dass wir generell die Anträge zurückstellen und im kommenden Jahr dies vertieft prüfen. Wir von der Rechnungsprüfungskommission sind auch gerne bereit, dabei zu unterstützen. Danke vielmal.»

Der 2. Vizepräsident erteilt Stadtrat Daniel Ammann das Wort.

Stadtrat Daniel Ammann: «Ich würde auch gerne noch generelle Worte sagen. Ich danke ganz herzlich für die Abnahme der beiden Leistungsgruppen BE und SI. Danke auch der Kommission Bevölkerung & Sicherheit für die sehr gute Zusammenarbeit. Ich muss sagen, wir sind lange miteinander unterwegs gewesen, sehr tief, sehr viel geredet und intensiv diskutiert. Nicht nur über den Sport, sondern auch sehr viel über SI, über wichtige Sachen, welche ihr schon abgenommen habt. Dominik Berner hat vorhin gesagt, wir sollten vielleicht einmal mit den Kommissionen reden und das vertieft anschauen. Wir haben das gemacht. Ich muss das wirklich Attestieren und das Interesse ist sehr gross gewesen. Dies möchte ich einfach mitteilen und mich bedanken für die offene und kommunikative Zusammenarbeit. Sehr pragmatisch konnten wir uns vorher und nun auch im Zusammenhang mit den Steuerungsgrößen miteinander austauschen. Natürlich ist es ein bisschen schnell gegangen, aber ich glaube, man hat eine gute Lösung gefunden. Man hat genau das machen können. Als ich noch im Stadtparlament war, hiess es auch: «Nein, das kannst du nicht machen, das ist operativ, das geht gar nicht.» Eigentlich hat die Kommission das gemacht, was man ihnen immer gesagt hat. Sie hat nämlich dort den Hebel ange-setzt, wo es ums Globalbudget geht. Was jedoch daraus gemacht wird, das ist in der Entscheidung des Stadtrats. Natürlich hat man nun an der falschen Schraube gedreht. Dankenswerterweise von Markus Surber und Markus Wanner, Leiter Finanzen und Informatik, welche alles sehr genau berechnet haben, was das alles für uns bedeuten würde, was diese 82 000 Franken (Anpassungen auf den einzelnen Produkten) verlangt hätten. Wir spielten einfach zurück. Das entspricht 82 000 Franken. Wir müssen es umsetzen. Natürlich haben wir Ideen gehabt, wie wir es würden umsetzen. Das kann ich jetzt aber auch nicht sagen, dass das dann so wird, sondern wäre eine Entscheidung des Stadtrats. Aber ich kann euch sagen, dass die Abteilung sicher den Antrag stellen wird betr. einer Reduktion von diesen 82 000 Franken mit Erhöhungen von gewissen Eintrittspreisen zu generieren. Hier reden wir von maximal 1 Franken einfach nicht, dass ihr das Gefühl habt, es gäbe ein Riesending. Das ist mir sehr wichtig und es würde auch nicht die Vereine betreffen. Wir haben das ausgerechnet, wo das überall einen Einfluss haben könnte. Man hat das nicht ganz genau machen können dies im Zusammenhang mit Abos und deren Gültigkeitsdauer usw. Wir sind überzogen und haben nachweisen können, dass es eine Erhöhung von maximal 1 Franken geben würde, damit wären wir auf dem gleichen Level wie unsere Nachbargemeinden. Wir sind überall tiefer ausser beim Hallenbad und hier würde man keinen Abtritt machen. Das ist das, was man beim Stadtrat beantragen würde. Aber das ist nicht etwas, was ihr jetzt



entscheidet. Ihr würdet entscheiden, dass wir auf das Resultat von SP-01 einen Auftrag hätten und das ist das, was wir würden beantragen. Ich hoffe, das ist das hilft ein wenig zur Klärung.»

Der 2. Vizepräsident erteilt Romaine Rogenmoser das Wort.

Romaine Rogenmoser: «Grundsätzlich muss ich sagen, das ist einmal der richtige Weg. Also ich möchte einmal appellieren an das Stadtparlament. Wir hinterlassen nicht eine gute Falle, wenn wir mit solchen Anträgen kommen. Es sind eigentlich genug Bisherige dabei gewesen, welche gewusst hätten, wie man einen gescheiterten Antrag stellt. Also es tut mir leid, dass ich das jetzt hier als Party-crasher sagen muss. Grundsätzlich muss ich sagen, dass das der richtige Weg ist, dass wir mehr haben, aber ich bin natürlich nicht glücklich über die ganze Geschichte. Weil wie du gesagt hast, es nicht klar ist, wo ihr was schraubt. Grundsätzlich könntest du auch sagen, wir mähen jetzt dreimal weniger den Rasen und dann nachher können wir die 82 000 Franken auch sparen und das ist ja dann nicht sein und Zweck. Also die Message ist klar, es muss ein Prix oder das ist das, was du versprochen hast, dass da irgendwelche Ticketpreise angehoben werden müssen. Es ist schwierig. Wir kaufen so «die Katze im Sack» und müssen uns darauf verlassen, dass somit vielleicht an einem Ort ein bisschen teurer, an einem anderen nicht und ein paar werden profitieren und ein paar werden heulen. Ihr müsst euch einfach bewusst sein, was ihr hier mit dem auslöst. Und noch eine kurze Frage an den RPK-Präsidenten: «Du hast gesagt gerne, du würdest gerne Hilfestellung machen? Hat die RPK zu diesem Antrag jetzt schon an eine Haltung entwickelt oder ist das einfach so? Weiss man, was ihr da stimmt, oder ist das ein bisschen offen hier alles?»

Der 2. Vizepräsident erteilt Peter Frischknecht das Wort.

Peter Frischknecht: «Nein, selbstverständlich haben wir keine Meinung dazu bilden können, weil wir es gar nicht gewusst haben. Ich weiss es erst seit ein paar Stunden oder so, dass der Antrag so ist. Darum haben wir es auch nicht fundiert diskutieren können. Deshalb auch vorher mein Votum, dass ich eigentlich der Meinung wäre, man müsste die Sachen zurückstellen und nachher diskutieren, obwohl der Antrag jetzt zumindest korrekt ist. Ich habe aber schon im Vorfeld die Kommission, sobald ich das gesehen habe, darauf aufmerksam gemacht habe, dass der ursprüngliche Antrag sicher nicht funktioniert und nicht zulässig ist.»

Der 2. Vizepräsident erteilt Patrizia Grütter das Wort.



Patrizia Grütter: «Kurz zur Klarstellung: Wir haben auch erst am Freitag den definitiven Bescheid bekommen, dass diese Änderungsanträge so nicht gültig sind. Wir haben am Samstag eine ausserordentliche Kommissionszeitung gehabt. Es ist sehr schnell gegangen das Ganze und darum ist auch wirklich mein Appell, es geht ein bisschen zu schnell. Das ist meine persönliche Meinung und teile die Meinung von Peter, das wir dies mit der Rechnung überprüfen im Mai / Juni überprüfen.»

Der 2. Vizepräsident erteilt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Ich muss zugeben, dass ich etwas erstaunt war, als ich heute die E-Mails gesehen habe und ich danke euch für die Klärung. Aber es sind Sachen, die uns als RPK zum Beispiel, wie Peter gesagt hat, nicht erlauben, Stellung zu nehmen, weil es so kurzfristig ist. Ich verstehe, dass ihr alles mit dem besten Willen gemacht habt, aber warum hat es nicht von Anfang mit den Abklärungen geklappt, das verstehe ich nicht. Warum musstet ihr eine ausserordentliche Sitzung einberufen – eine Feuerwehrübung – und das ist das, was ich nicht verstanden habe.»

Der 2. Vizepräsident erteilt Stadtrat Daniel Amman das Wort.

Stadtrat Daniel Ammann: «Kurz zur Klärung des Prozesses und vielleicht auch für die Kommission. Also erstes einmal sind keine alten Hasen dabei gewesen, sondern sie haben am besten Wissen und Gewissen – eine neue Kommission, welche neu zusammengestellt ist – super gearbeitet und hat eigentlich kommuniziert, was sie wollen. Du hast gesagt «die Katze im Sack». Im Prinzip es geht um «die Katze im Sack», ihr seid das Stadtparlament. Also irgendwo müssen wir dann oder muss dann der Stadtrat schon sagen, wo er die Vorgabe umsetzen will. Das verstehe ich nicht – jetzt hat man es einmal richtig gemacht. Man hat geholfen, dies zu korrigieren, dass man einen Gesamtbetrag haben muss und dass es nicht ein Prozentsatz ist. Sie haben einen Antrag gemacht mit einem Prozentsatz. Jetzt hat man festgestellt, dass das nicht korrekt ist. Die Abteilung Finanzen hat ausgerechnet, was der Prozentsatz ausmachen würde, und wir haben das zurückgespielt, ganz einfach. Es ist immer noch auf dem Level, wo ihr entscheiden könnt und nichts mit irgendwie «eine Katze im Sack» oder nicht. Es ist genau dort, wo vorgesehen ist, dass man in dieser WoV-Geschichte so miteinander umgeht. Nein, ich schimpfe nicht. Wenn ihr aber etwas entscheiden wollt, dann müsst ihr es jetzt entscheiden, und zwar hier und zwar genau an dem Ort, natürlich mit einem Betrag und nicht mit einem Prozentsatz. Aber das ist das eure Entscheidung, das Umsetzen hingegen – von gegen «Katze im Sack» – wird es der Stadtrat.»



Der 2. Vizepräsident erteilt Philemon Abegg das Wort.

Philemon Abegg: «Ich würde gerne noch sagen, dass eigentlich unabhängig vom Resultat des Änderungsantrags, der Stadtrat auch immer selbst prüfen darf, ob die Eintritte angepasst werden müssen. Also ich finde es fast ein bisschen traurig, dass nur wenn wir als Fachkommission das beantragt oder wenn wir es jetzt würden ablehnen, dass ihr es irgendwie nicht diskutiert. Also ich hoffe, dass ihr das als Anregung angenommen habt und ich finde es super, wie wir den Austausch haben. Ich hoffe, dass ihr das mitnehmt.»

Der 2. Vizepräsident erteilt Dominik Berner das Wort.

Dominik Berner: «So ich habe am Anfang gesagt eben ich wünsche mir, dass man nicht nur auf Zahlen geht, sondern auf die Konsequenzen. Ich finde das, was wir jetzt sehen, ist eigentlich genau das richtige Beispiel bis zu und her gehen soll. Jetzt sind wir nämlich auf einem konformen Antrag, auch wenn er sehr knapp vorher gekommen ist. Ich hätte mir gewünscht, dass die RPK auch im Loop gewesen wäre. Ganz klar. Jetzt habe ich noch eine Frage. Also diskutieren wir jetzt eigentlich darüber, ob wir über den Antrag abstimmen oder ob wir über den Inhalt abstimmen. Für mich ist es mich ist es klar, wir können über den Antrag so abstimmen und was wir inhaltlich dazu meinen, ich meine, das ist dann jedem selbst überlassen. Ob man sagen will, dann gehen wir halt mit den Eintrittspreisen in der Hirslen um einen Franken hoch, obwohl sie in einem schlechten Zustand ist oder ob man oder beim Freibad, das immer weniger Platz hat. Aber das ist die andere Frage. Also der Antrag ist für mich, muss ich ganz ehrlich sagen, auch wenn er sehr knapp gekommen und ja, ich wünsche mir auch, dass man ein bisschen längere Vorlaufzeit hat und dass man das aufgrund der Rechnung macht, aber der Antrag ist für mich inhaltlich so korrekt und ich finde, über den können wir eigentlich abstimmen. Merci vielmals.»

Abstimmungen

Abstimmung zum Änderungsantrag der Minderheit der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu SP-01

Das Stadtparlament hat mit 9 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen den Änderungsantrag der Minderheit der Kommission Bevölkerung & Sicherheit abgelehnt.



Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme die Produktgruppen SP-01 und SP-02 genehmigt.

Der 2. Vizepräsident übergibt die Sitzungsleitung nun wieder dem 1. Vizepräsidenten.

Produktgruppenberichte Ressort Bildung (Seiten 48 - 75)

Leistungsgruppe: Bildung (BI)

Leistungsgruppe Bildung (BI)

BI-01 Unterricht Primar- und Kindergartenstufe,

BI-02 Schulergänzende Leistungen,

BI-03 Berufs- und Erwachsenenbildung,

BI-04 Schulliegenschaften und

BI-05 Schulverwaltung

Die Kommission Bildung & Soziales beantragt **einstimmig** die Genehmigung von BI-01 bis BI-05 und **mehrheitlich**, unter der Berücksichtigung ihres Änderungsantrags, die Genehmigung von BI-02.1.

Die RPK beantragt **einstimmig** die Genehmigung von BI-01 bis BI-05.

Änderungsantrag der Kommission Bildung & Soziales zu BI-02.1 (mehrheitlich)

Die Kommission Bildung & Soziales beantragt die **Anpassung des Kostendeckungsgrads** in Produkt BI-02.1 (Schulpsychologischer Dienst) von 100 % auf **110 %**.

Begründung: Der Fachkommission Bildung & Soziales ist es wichtig, dass eine volle Kostendeckung auch langfristig gewährleistet wird und dabei versteckte und nicht berechenbare Kosten berücksichtigt werden.

Der 1. Vizepräsident erteilt Laura Hartmann das Wort.

Laura Hartmann: «Zuerst möchte ich mich bei Stadträtin Rosa Pfister, Marco Lobsiger, Leiter Bildung, und der zuständigen Abteilung für die ausführlichen Gespräche und Antworten bedanken, die während der Budgetüberprüfung stattgefunden haben. Wie jedes Jahr konnten alle offenen Fragen fachlich und nachvollziehbar beantwortet werden. Die Produktgruppe Bildung wächst auch nächstes Jahr um



weitere 10 Prozent. Einerseits ist die Eröffnung zwei weiterer Primarschulklassen auf das nächste Schuljahr geplant, andererseits steigen die Kosten bei der schulergänzenden Betreuung, namentlich beim schulpсихologischen Dienst, sehr stark. Unser Antrag, den Kostendeckungsgrad des schulpсихologischen Diensts von 100 Prozent auf 110 Prozent zu erhöhen, erfolgt jedoch unabhängig davon, dass die Kosten in dieser Produktgruppe derart steigen. Es ist auch nicht so, dass wir dem Stadtrat misstrauen, er würde die anfallenden Overhead-Kosten nicht zu 100 Prozent den Gemeinden weiterzuerrechnen. Wir befürchten eher, dass eine volle Kostendeckung langfristig betrachtet nicht zu 100 Prozent berechenbar ist. Wir wollen schlussendlich nicht die Kosten anderer Gemeinden begleichen müssen. Mit einem Kostendeckungsgrad von 110 Prozent können wir uns sicher sein, dass versteckte und nicht berechenbare Kosten berücksichtigt werden. Es ist uns auch bewusst, dass der Kostendeckungsgrad in den ersten paar Jahren wahrscheinlich nicht erreicht werden kann, da man nicht einfach alle Verträge fristlos kündigen kann. Dieser Prozess wird einige Jahre in Anspruch nehmen. Die Fachkommission Bildung & Soziales bedankt sich für die geleistete Arbeit der Abteilung und empfiehlt das Budget einstimmig und den Antrag mehrheitlich zur Annahme.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Abstimmung zum Änderungsantrag der Kommission Bildung & Soziales zu BI-02.1

Das Stadtparlament hat mit 10 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen den Änderungsantrag der Kommission Bildung & Soziales abgelehnt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat die Produktgruppen BI-01 bis BI-05 mehrheitlich genehmigt.



Produktgruppenberichte Ressort Finanzen und Informatik (Seiten 76–90)
Leistungsgruppe: Finanzen und Informatik (FI)

Leistungsgruppe Finanzen und Informatik (FI)

FI-01 Finanz- und Rechnungswesen, FI-02 Steuern, FI-03 Betreuungswesen und FI-04 Informatik

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 414 vom 1. November 2023, es wolle beschliessen:

1. Für das Jahr 2024 werden für den Teuerungsausgleich und die individuellen Lohnerhöhungen insgesamt 2,6 Prozent (880 100 Franken) der Gesamtlohnsumme gewährt. Die Differenz zwischen den im Budget 2024 für Lohnanpassungen eingestellten 2,0 Prozent zu den nun effektiv beantragten 2,6 Prozent wird mit 144 100 Franken zusätzlich ins Budget aufgenommen.

Weiter beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 416 vom 1. November 2023, es wolle beschliessen:

1. Aufgrund der stark steigenden Energiekosten werden zusätzlich 589 000 Franken ins Budget 2024 aufgenommen. Die Kosten werden zentral im Produkt FI-01.3 Weitere Kosten budgetiert.
2. Die Einlage in die finanzpolitische Reserve von 3 000 000 Franken wird auf 2 500 000 Franken reduziert. Der neue Ertragsüberschuss beträgt 436 468 Franken.

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt mehrheitlich die Genehmigung von FI-04 Informatik.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von FI-01 bis FI-04 und mehrheitlich, unter der Berücksichtigung ihres Änderungsantrags, die Genehmigung von FI-01.03.

Änderungsantrag der RPK zu FI-01.03 (mehrheitlich)

Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhungen analog Kanton Zürich ohne Verrechnung der Rotationsgewinne (2,2 % = 809 600 Franken).

Erläuternder Text dazu: Für den Teuerungsausgleich stehen damit 1,6 %, für individuelle Lohnerhöhungen 0,6 % und für Einmalzulagen 0,15 % (ist in PS-02.1 Stab fix budgetiert) der Lohnsumme zur Verfügung.

Der im Budget eingestellte Betrag wird um 73 600 Franken erhöht.



Aktuell liegen somit 3 Varianten für die individuelle Lohnerhöhungen in FI-01.3 vor:

1. Bericht zum Budget SR:

Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhung

2,0 % = 736 000 Franken

(pauschal)

2. Nachträglicher Antrag SR:

Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhung

2,6 % = 880 100 Franken

(1,6% Teuerungsausgleich plus 1,0% individuelle Lohnerhöhungen)

3. Änderungsantrag RPK:

Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhung

2,2 % = 809 600 Franken

(1,6 % Teuerungsausgleich plus 0,6 % individuelle Lohnerhöhungen)

Diese Anträge werden einander gegenübergestellt.

Die Präsidentin der Kommission Bevölkerung & Sicherheit wünscht das Wort zur Produktgruppe FI-04 nicht.

Der 1. Vizepräsident erteilt Peter Frischknecht das Wort.

Peter Frischknecht: «Die Rechnungsprüfungskommission hat den vom Stadtrat vorgeschlagenen Lohnbeschluss intensiv diskutiert. Die Mehrheit hat sich dann für einen Änderungsantrag mit einer Senkung auf das Niveau des Kantons Zürich entschieden. Geschätzte Damen und Herren; wenn ein Budget mit einem deutlichen Überschuss präsentiert wird, ist es ausserordentlich verlockend, die Situation für eine Belohnung des Personals zu nutzen. Dies besonders dann, wenn man dies relativ einfach durch Fachkräftemangel begründen kann. Umso schwieriger und unpopulärer ist es für mich als Präsident der Rechnungsprüfungskommission, an dieser Stelle den Mahnfinger zu erheben und das Stadtparlament zum Mass halten aufzufordern. Wie uns der Finanzplan zeigt, werden Sie mir aber in wenigen Jahren dankbar sein, dass wir die überschüssigen Mittel nicht ausgegeben, sondern gespart haben. Die ausserordentlich hohen Investitionsausgaben werden die Rechnungsergebnisse bald anders aussehen lassen. Dann werden wir froh sein, um jeden Franken, den wir in die finanzpolitische Reserve gelegt haben. In



der Tat wird es die Stadt Bülach in den nächsten Jahren nicht einfach haben, qualifiziertes Personal zu rekrutieren bzw. zu halten. Es herrscht nämlich nicht nur Fachkräfte- sondern generell Personalman- gel; und dies in fast allen Branchen. Das Problem lässt sich aber nicht durch Drehen an der Lohn- schraube beheben. Wir müssen als Arbeits- und Wohnort attraktiv bleiben; und das können wir nur, wenn wir generell die finanzielle Situation durch vorausschauendes Handeln im Griff behalten.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Stadtpräsident Mark Eberli das Wort.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Ich will eine Lanze brechen für unsere Mitarbeitenden. Peter, du hast schon gesagt, dass das nicht das Einzige ist. Aber es ist schon so, dass wir auch in der Konkurrenz von grossen Städten und Kantonen stehen. Und wie du weisst, die besseren Löhne bezahlen als wir. Der Cap ist schon gross und diesen wollen wir nicht noch grösser werden lassen. Darum ist es uns wichtig, dass wir gut individuell die Leute auch fördern können. 1 Prozent ist nicht viel und darum bitte ich das Stadtparlament dem Antrag vom Stadtrat zu folgen mit diesen 1,6 Prozent plus diesen 1 Prozent individuell. Danke vielmals.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Abstimmung zu FI-01.3 – Lohnerhöhungen

Der 1. Vizepräsident erläutert, dass nun drei verschiedene Anträge vorliegen. Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Anträge vor, die sich gegenseitig ausschliessen, werden alle nebeneinander zur Ab- stimmung gebracht. Jedes Parlamentsmitglied kann einem Antrag seine Stimme geben. Das absolute Mehr liegt bei 13 Stimmen. Erhält keiner der Anträge das absolute Mehr, scheidet derjenige Antrag mit den wenigsten Stimmen aus und das Verfahren wird fortgesetzt, bis einer der Anträge das abso- lute Mehr erreicht.



1. Abstimmungsgang

	Total
Antrag 1: Bericht zum Budget SR <i>Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhung 2,0 % = 736 000 Franken</i> <i>(pauschal)</i>	7
Antrag 2: Stadtrat <i>Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhung 2,6 % = 880 100 Franken</i> <i>(1,6% Teuerungsausgleich plus 1,0% individuelle Lohnerhöhungen)</i>	5
Antrag 3: RPK <i>Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhung 2,2 % = 809 600 Franken</i> <i>(1,6 % Teuerungsausgleich plus 0,6 % individuelle Lohnerhöhungen)</i>	12
Enthaltungen	1

2. Abstimmungsgang

	Total
Antrag 1: Bericht zum Budget SR <i>Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhung 2,0 % = 736 000 Franken</i> <i>(pauschal)</i>	7
Antrag 3: RPK <i>Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhung 2,2 % = 809 600 Franken</i> <i>(1,6 % Teuerungsausgleich plus 0,6 % individuelle Lohnerhöhungen)</i>	17
Enthaltungen	1

Das Stadtparlament stimmt mit einem absoluten Mehr von 17 Stimmen dem Antrag der RPK (1,6 % Teuerungsausgleich und 0,6 % individuelle Lohnerhöhungen [Total 2,2 %]) zu.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat die *bereinigten* Produktgruppen FI-01 bis FI-04 mehrheitlich genehmigt. Somit werden aufgrund der stark steigenden Energiekosten zusätzlich 589 000 Franken ins Budget 2024 aufgenommen. Die Kosten werden zentral im Produkt FI-01.3 Weitere Kosten budgetiert.

Der 1. Vizepräsident macht darauf aufmerksam, dass zum jetzigen Zeitpunkt das Gesamtergebnis noch nicht bekannt ist. Deshalb kann auch die Einlage in die finanzpolitische Reserve noch nicht definitiv



festgelegt werden. Über die definitive Einlage wird erst vor der Schlussabstimmung über das *bereinigte* Produktgruppenbudget 2024 (ohne Steuerfussveränderung) abgestimmt.

Produktgruppenberichte Ressort Planung und Bau (Seiten 91–111)
Leistungsgruppe: Bau, Planung und Umwelt (BA), Liegenschaften (LI)

Leistungsgruppe Bau, Planung und Umwelt (BA)

BA-01 Bau und BA-02 Planung und Umwelt

Folgende Änderungen im Bericht werden vom Stadtrat vorgeschlagen. Über die Änderungen werden wir einzeln abstimmen:

BA-02 Planung und Umwelt (alt), BA-03 Stadtplanung (neu) und BA-04 Mobilität und Energie (neu)

Antrag an das Stadtparlament, die Produktgruppe BA-02 Planung und Umwelt **zu streichen**. Dafür die Produktgruppen BA-03 Stadtplanung und BA-04 Mobilität und Energie **neu zu schaffen**. (Produktgruppe BA-02 neu in Produktgruppe BA-03 und BA-04)

BA-04.1 Mobilität (neu)

Antrag an das Stadtparlament, das Produkt BA-04.1 Mobilität **neu zu schaffen**.

BA-04.2 Energie (neu)

Antrag an das Stadtparlament, das Produkt BA-04.2 Energie **neu zu schaffen**.

BA-04.3 öffentlicher Verkehr (neu)

Antrag an das Stadtparlament, das Produkt BA-04.3 öffentlicher Verkehr **neu zu schaffen**. (vorher im Ressort Umwelt und Infrastruktur; VE-01 öffentlicher Verkehr)

Die Kommission Bau & Infrastruktur beantragt mehrheitlich die Genehmigung von BA-01, BA-03 und BA-04.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von BA-01, BA-03 und BA-04.

Der 1. Vizepräsident erteilt Andreas Scheuss das Wort.



Andreas Scheuss: «Im Namen der Kommission Bau & Infrastruktur bedanke ich mich zunächst bei der Abteilung Planung und Bau und beim zuständigen Stadtrat Andreas Müller für die Arbeiten zum Budget und die kompetente Beantwortung von den anschliessenden Fragen der Kommission. Die Kommission empfiehlt mehrheitlich die Genehmigung der Produktgruppe, wir haben es schon gehört und wir haben auch gehört, dass da einige an organisatorischen Stellschrauben geändert werden. Erwähnenswert ist die neue Struktur der Leistungsgruppe Planung und Bau mit der klaren Trennung in die Produktgruppe Stadtplanung sowie Mobilität und Energie und der Übernahme der Leistungsgruppe Verkehr aus dem Ressort Umwelt und Infrastruktur wird eine fachliche und organisatorische Klärung erreicht. Die Kommission begrüsst das. Im Hinblick auf die anderen Diskussionen sage ich es auch hier gerade noch spätestens für das nächste Budget ist für die Kommission eine Überprüfung der Steuerungsgrössen, Leistungsziele und Kennzahlen angezeigt. Die Abteilung hat bereits signalisiert, dass das auch in ihrem Sinn ist. Vielen Dank.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Änderungsvorschlag Stadtrat zu BA-02 Planung und Umwelt

Das Stadtparlament hat einstimmig den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu BA-02 Planung und Umwelt genehmigt.

Änderungsvorschlag Stadtrat zu BA-03 Stadtplanung

Das Stadtparlament hat einstimmig den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu BA-03 Stadtplanung genehmigt.

Änderungsvorschlag Stadtrat zu BA-04 Mobilität und Energie

Das Stadtparlament hat einstimmig den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu BA-04 Mobilität und Energie genehmigt.

Änderungsvorschlag Stadtrat zu BA-04.1 Mobilität

Das Stadtparlament hat einstimmig den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu BA-04.1 Mobilität genehmigt.



Änderungsvorschlag Stadtrat zu BA-04.2 Energie

Das Stadtparlament hat einstimmig den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu BA-04.2 Energie genehmigt.

Änderungsvorschlag Stadtrat zu BA-04.3 öffentlicher Verkehr

Das Stadtparlament hat einstimmig den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu BA-04.3 öffentlicher Verkehr genehmigt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme die *bereinigten* Produktgruppen BA-01 und BA-03 - BA-04 genehmigt.

Leistungsgruppe Liegenschaften (LI)

LI-01 Liegenschaften

Die Kommission Bau & Infrastruktur beantragt mehrheitlich die Genehmigung von LI-01.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von LI-01.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme die Produktgruppe LI-01 genehmigt.



Produktgruppenberichte Ressort Politik und Präsidiales, Stab (Seiten 106–133) Leistungsgruppe: Kultur (KU), Politik (PS), Stab (PS) und Wirtschaft und Arbeit (WA)

Leistungsgruppe Kultur (KU)

KU-02 Kultur

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von KU-02.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme die Produktgruppe KU-02 genehmigt.

Leistungsgruppe Politik und Stab (PS)

PS-01 Politik und PS-02 Stab

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt mehrheitlich die Genehmigung von PS-01 und einstimmig die Genehmigung von PS-02.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von PS-01 und PS-02.

Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 23 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen die Produktgruppe PS-01 und PS-02 genehmigt.



Leistungsgruppe Wirtschaft und Arbeit (WA)

WA-01 Standortförderung

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von WA-01.

Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme die Produktgruppe WA-01 genehmigt.

Produktgruppenberichte Ressort Soziales und Gesundheit (Seiten 138 - 169)

Leistungsgruppe: Alter (AL), Gesundheit (GE) und Soziales (SO)

Leistungsgruppe Alter (AL)

AL-01.6 Altersprojekte und AL-01.8 Anlaufstelle *60plus*

Die Kommission Bildung & Soziales und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von AL-01.

Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme die Produktgruppe AL-01 genehmigt.

Leistungsgruppe Gesundheit (GE)

GE-01 Gesundheit

Die Kommission Bildung & Soziales und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von GE-01.



Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimmen die Produktgruppe GE-01 genehmigt.

Leistungsgruppe Soziales (SO)

SO-01 Familie, SO-02 Reissverschluss, SO-03 Flüchtlings- und Asylkoordination, SO-04 Soziale Dienste, SO-05 Sozialversicherungen und SO-07 KESB

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament folgende Änderung im Bericht, welche in der Kompetenz des Stadtrats ist, zur Kenntnis zu nehmen:

SO-02 Reissverschluss

Das Leistungsziel mit Leistungsindikatoren sowie die Kennzahlen sind aktualisiert worden.

Folgende Änderung im Bericht wird vom Stadtrat vorgeschlagen. Über die Änderung werden wir abstimmen:

SO-05 Sozialversicherungen

Antrag an das Stadtparlament, die Steuerungsgrösse Kostendeckungsgrad von 110 % auf **100 %** zu senken.

Die Kommission Bildung & Soziales beantragt einstimmig die Genehmigung von SO-01 – SO-05 und SO-07. Sie lehnt (einstimmig) den Antrag des Stadtrats zu SO-05 Sozialversicherungen (Senkung des Kostendeckungsgrads in Produkt SO-05.1 (Sozialversicherungen) von 110 % auf 100 %) ab.

Begründung: Der Fachkommission Bildung & Soziales ist es wichtig, dass eine volle Kostendeckung auch langfristig gewährleistet wird und dabei versteckte und nicht berechenbare Kosten berücksichtigt werden. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, für einen «Wettbewerbsvorteil» den Kostendeckungsgrad zu senken. Dies hätte in unseren Augen eine unvorteilhafte Signalwirkung gegen aussen.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von SO-01 – SO-05 und SO-07.



Der 1. Vizepräsident erteilt Laura Hartmann das Wort.

Laura Hartmann: «Auch hier möchte ich mich zuerst bei Stadträtin Frauke Böni und Raphael Gubser, Leiter Soziales und Gesundheit, und den zuständigen Abteilungen für die ausführlichen Gespräche und Antworten bedanken, die während der Budgetüberprüfung stattgefunden haben. Wie jedes Jahr konnten auch hier alle offenen Fragen fachlich und nachvollziehbar beantwortet werden. Das Budget 2024 bei den Produktgruppen Alter, Gesundheit und Soziales sieht im Vergleich zum Budget 2023 eine Kostensteigerung von 4 Prozent vor. Insbesondere durch die weiterhin hohen Asylzahlen, das allgemeine Bevölkerungswachstum, die Inflation und den Wohnungsmangel ist die weitere Entwicklung schwer prognostizierbar. Der Stadtrat beantragt die Senkung des Kostendeckungsgrads bei den Sozialversicherungen von 110 Prozent auf 100 Prozent. Dies, da ansonsten die Erhöhung der Fallpauschale der Vertragsgemeinden von 670 Franken auf 730 Franken erhöht werden müsste. Der Stadtrat befürchtet, dass dabei einige Gemeinden an andere Leistungserbringer abspringen könnten. Die Fachkommission sieht dieser Senkung kritisch entgegen. Einerseits aufgrund der gleichen Argumente, welche ich beim schulpsychologischen Dienst angebracht habe: Wir misstrauen dem Stadtrat nicht, dass er die anfallenden Overhead-Kosten nicht zu 100 Prozent den Gemeinden weiterverrechnet. Wir befürchten eher, dass eine volle Kostendeckung langfristig betrachtet, nicht zu 100 Prozent berechenbar ist. Mit einem Kostendeckungsgrad von 110 Prozent können wir uns sicher sein, dass versteckte und nicht berechenbare Kosten berücksichtigt werden. Andererseits verstehen wir nicht, weshalb wir als Bülach in einem Wettbewerb mit den anderen Gemeinden stehen müssen, respektive einen Wettbewerbsvorteil zu den anderen Leistungserbringern haben sollen. Es steht jeder Gemeinde frei, ihre Leistungen selbst zu erbringen oder sich in anderen Gemeinden einzukaufen. Der Stadtrat selbst hat in seinem Bericht erwähnt, dass die Gemeinden sich für Bülach entscheiden, weil wir kundennah sind und eine qualitativ gute und kostenbewusste Leistung anbieten. Es entscheidet also nicht nur der Preis, sondern auch die Qualität der Arbeit. Aus diesem Grund lehnt die Fachkommission die Senkung des Kostendeckungsgrads für nächstes Jahr ab. Wir sind jedoch offen, nächstes Jahr mit den Abteilungen die Kostendeckungsgrade vertieft zu besprechen. Die Fachkommission Bildung & Soziales bedankt sich für die geleistete Arbeit der Abteilungen und empfiehlt das Budget ohne den Antrag des Stadtrats zur Annahme.»

Die RPK verzichtet auf eine Wortmeldung.

Der 1. Vizepräsident erteilt Stadtpräsident Mark Eberli das Wort.



Stadtpräsident Mark Eberli: «Im Namen von Stadträtin, Frauke Böni, möchte ich das Bedauern äussern, dass dieses Thema leider nicht gut diskutiert wurde. Wir hatten keine Zeit oder konnten nicht gut reagieren, weil es ganz viele von diesen Aussagen gibt, so glaube ich, welche wir auch widerlegen oder genauer erklären könnten. Es gibt optimale Betriebsgrössen, von denen auch wir profitieren, wenn wir gut unterwegs und nicht kleiner als jetzt sind. Ich glaube, es ist wichtig – und ich danke vielmals für das Votum, Laura Hartmann– dass ihr auch im nächsten Jahr dazu bereit sind, dies anzuschauen. Wir hatten es im Juli früh genug angeben, aber jetzt sind wir gerne bereit, dies mit euch fundiert im neuen Jahr zu diskutieren. Danke vielmals.»

Es wird keine Diskussion gewünscht.

Abstimmungen

Abstimmung Änderungsvorschlag Stadtrat zu SO-05 Sozialversicherungen

Das Stadtparlament hat mit 4 Ja-Stimmen bei 20 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu SO-05 Sozialversicherungen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme die Produktgruppen SO-01 – SO-05 und SO-07 genehmigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat bei der Produktgruppe SO-02 Reissverschluss das Leistungsziel mit Leistungsindikatoren sowie die Kennzahlen in eigener Kompetenz aktualisiert hat.

Produktgruppenberichte Ressort Umwelt und Infrastruktur (Seiten 169 – 208) Leistungsgruppe: Abfallbewirtschaftung (AB), Land- und Forstwirtschaft (LF), Verkehr (VE) und Werke (Wasser, Abwasser) (WE)

Leistungsgruppe Abfallbewirtschaftung (AB)

AB-01 Entsorgung

Die Kommission Bau & Infrastruktur beantragt mehrheitlich die Genehmigung von AB-01.



Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von AB-01.

Der 1. Vizepräsident erteilt Andreas Scheuss das Wort.

Andreas Scheuss: «Ich erlaube mir auch jetzt für das gesamte Ressort zu sprechen. Im Namen der Kommission Bau & Infrastruktur bedanke ich mich zunächst auch bei der Abteilung Umwelt und Infrastruktur und bei der zuständigen Stadträtin, Andrea Spycher, für die Arbeiten zum Budget und für die kompetente Beantwortung der Fragen der Kommission. Die Kommission empfiehlt mehrheitlich die Genehmigung der Produktgruppe. Ein sehr bemerkenswerter Punkt ist die Aufstockung vom Stellenplan um 950 Prozent in den nächsten zwei Jahren. Die Abteilung hat diesbezüglich eine genaue Analyse über die Schwierigkeiten und den zukünftigen Bedarf gemacht. Nach anfänglicher Skepsis konnte die Kommission mehrheitlich überzeugt werden, dass der Bedarf in diesem Ausmass gerechtfertigt ist und, dass die Abteilung auch in Zukunft gut aufgestellt sein wird. Die Kommission erhofft sich auch, dass die vielen anstehenden Infrastrukturprojekte bald schneller zur Ausführung kommen werden. Wie auch im Ressort Planung und Bau, ist für die Kommission spätestens für das nächste Budget, eine Überprüfung der Steuerungsgrössen, Leistungszielen und Kennzahlen angezeigt. Die Abteilung Umwelt und Infrastruktur hat ihre Mitarbeit hierbei ebenfalls angekündigt. Vielen Dank.»

Peter Frischknecht: «Eine Zwischenfrage: AB-00 Abgrenzung spezialfinanzierte Entsorgung fehlt.»

Der Vizepräsident berät diese Frage kurz mit dem 2. Vizepräsidenten und der Parlamentssekretärin. Er gibt folgende Antwort: «Es ist festzuhalten, dass es sich bei AB-00 um eine finanztechnische Abgrenzung handelt und deshalb nicht darüber befunden werden muss.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Stadträtin Andrea Spycher das Wort.

Stadträtin Andrea Spycher: «Ich möchte gerne das Votum von dir, Andreas Scheuss, aufgreifen. Und zwar möchte ich noch etwas von mir persönlich und aus der Abteilung erzählen, betr. der ganzen Organisationsentwicklung, da sie einen wirklich relevanten und auch finanziellen Impact auf das ganze Budget hat. Für mich schliesst sich heute Abend der Kreis dieses Projektes. Wir haben in zwei Wochen Jahresende. Wir haben die Organisationsentwicklung bei uns in der Abteilung im Januar 2023 gestartet. Sie wurde im Sommer vor den Sommerferien vom Stadtrat verabschiedet und wir konnten sofort die entsprechenden Stellen ausschreiben und waren erfolgreich. Und weil ich mir gedacht habe, dass dies auch noch eine Thematik des heutigen Abends sein wird, möchte ich euch gerne aus erster Hand mitteilen, welche Stellen wir besetzen konnten:



- Eine Führungsunterstützung für den Abteilungsleiter per 1. Dezember 2023 (neu)
- Eine Führungsunterstützung für den Leiter Umwelt per 1. Januar 2024 (neu)
- Eine Führungsunterstützung für den Leiter Infrastruktur per 1. Januar 2024 (neu)
- Leitung der Stadtreinigung Erhöhung auf 100 Prozent per 1. Oktober 2023
- Mitarbeiter Stadtreinigung Erhöhung auf 100 Prozent per 1. August 2023
- Mitarbeiter Stadtreinigung per 1. Januar 2024 (neu)
- Mitarbeiter Werke per 1. November 2023 (neu)

Ich möchte Ihnen sagen, dass ich mir dieser Verantwortung, aber auch diesen Erwartungen, welche jetzt im Raum stehen, bewusst bin. Ich weiss auch, dass es nicht selbstverständlich, sondern ein Goodwill von euch ist, vor allem auch, weil wir gerade vorhin noch die Diskussionen bezüglich der Stellen geführt haben. Ganz grundsätzlich, wie der RPK-Präsident bereits sagte, sind die fetten Jahre jetzt vorbei und darum möchte ich mich bei euch bedanken, speziell bei der RPK und bei der Fachkommission Bau & Infrastruktur. Denn mit diese zwei Kommissionen haben wir nach dem Beschluss im Sommer sofort das Gespräch gesucht und wie du es bereits gesagt hast, Andreas Scheuss, nach anfänglicher Skepsis, glaube ich, haben wir das Verständnis und auch das Vertrauen bekommen. Und für das möchte ich mich bedanken und ich möchte Ihnen auch sagen, dass wir alles machen werden, um die geschaffenen Ressourcen sinnvoll und zweckmässig bei uns in die Abteilung einbinden zu können. Danke vielmals.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Christoph Meier das Wort.

Christoph Meier: «Ich habe eine Verständnisfrage: Ich glaube, ich verstehe das nicht ganz. Wir besprechen jetzt dann das Budget für Stellen, die wir bereits geschaffen haben und für Leute, die wir bereits eingestellt haben? Ist das normal?»

Stadträtin Andrea Spycher: «Das ist nicht ganz korrekt, es ist in der Kompetenz des Stadtrats, diese Stellen zu bewilligen. Im Sommer hat der Stadtrat Stellen für das Jahr 2023 bewilligt. Dies hätte im Stadtparlament zu grossen Unmut und grossen Diskussionen führen können. Wir haben auch entsprechend Stellen für das Jahr 2024 budgetiert. Für diese haben wir jedoch nichts von einem grossen Unmut gehört, man hat uns das Vertrauen gegeben. Wenn ich nun nicht mein Votum gehalten hätte, hätten es wahrscheinlich viele nicht einmal bemerkt. Die Stellen für das Jahr 2023 sind in der Kompetenz des Stadtrats, jene für das Jahr 2024 sind im Budget eingestellt und im Jahr 2025 sind noch die Restlichen im Zusammenhang mit der Organisationsentwicklung.»

Christoph Meier: «Danke. Ich vermute, jemand sieht dies anders.»



Der 1. Vizepräsident erteilt Romaine Rogenmoser das Wort.

Romaine Rogenmoser: «Ich muss hier schnell intervenieren. Es geht jetzt hier nicht um die Stellen, die der Forst oder so geschaffen hat. Es geht grundsätzlich um die Schaffung von Stellen, welche innerhalb des Jahres geschieht. Es ist tatsächlich nicht so, dass der Stadtrat beliebige Kompetenzen hat, um irgendwelche Stellen zusätzlich während oder unter dem Jahr zu besetzen, für irgendwas, welche ihm «gerade in den Kram passen» oder was gerade irgendwie aufpoppt. Es ist einfach so, irgendwann falle ich vielleicht tot um und bin vielleicht nicht mehr da, einfach für die, die jetzt noch dabei sind, dass ihr wisst, wie das läuft. Wir haben die Kompetenz für das Globalbudget. Wir bestellen etwas, z.B. siebenmal Putzen, fünfmal irgendwas und dann kommt der Stadtrat, macht ein Budget und sagt, für diese Bestellung, die ihr wollt, Bürger von Bülach, brauchen wir so viel Nasen für das, so viele Leute für das und das ist das, was wir im Budget einstellen und absegnen. Es ist eine Unart vom Stadtrat und eine absolute Katastrophe, dass immer während des Jahres immer irgendwo irgendwelche Stellen aufpoppen, die wir nicht genehmigt haben. Und ich bitte einfach in Zukunft, das genau anzuschauen. Denn es ist tatsächlich so, wir haben das Globalbudget und können die Stellen für das Budget genehmigen und es darf eigentlich nicht passieren, dass es während dem Jahr irgendwelche Stellen geschaffen werden und es ist nicht so, dass das in der Kompetenz vom Stadtrat liegt. Wenn das mehr kostet als das, was wir budgetiert haben oder das, was wir quasi genehmigt haben, hat das mit der Kompetenz vom Stadtrat überhaupt nichts zu tun. Einfach, dass ich das hier jetzt nochmals klargestellt habe.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Stadtpräsident Mark Eberli das Wort.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Einfach noch zu deinem Votum: Ich möchte euch empfehlen, bei diesem Gespräch zwischen Fachkommission, Abteilungsleiter und Stadtrat zu bleiben. Damit ihr nachvollziehen und verstehen könnt, wieso es dazu kommt, dass der Stadtrat unter dem Jahr einmal Stellen unter dem Jahr schaffen muss. Das kommt nicht out of the blue und weil wir Lust dazu haben, sondern es ist immer gut überlegt und gut begründet. Im Mai machen wir das Budget für das nächste Jahr. Danke.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Stadträtin Andrea Spycher das Wort.

Stadträtin Andrea Spycher: «Ich finde es ja gut, dass wir jetzt über das Ganze diskutieren können, aber erstens ist das nicht aufgepoppt, darum musst du auch nicht tot umfallen und zweitens war das ein seriöses Projekt. Wir haben das so aufgegleist. Wir haben die Kommunikation gesucht und drittens, und das ist jetzt noch das Relevante: Wir konnten diese Stellen bereits besetzen. Denn ansonsten,



wenn wir das nur heute hätten genehmigen können, dann hätten wir jetzt ausschreiben müssen und dann wäre das alles auf einmal gekommen. Und so konnten wir jetzt diese Stellen, die ich vorhin aufgezählt habe, bereits besetzen. Die Leute können bereits arbeiten und wir können die Abteilung jetzt auf Vordermann bringen. Und ich verstehe sogar in gewisser Hinsicht diese Meinung, aber es ist einfach nicht richtig, wenn du sagst, es poppt out of the blue auf. Das ist so nicht und daher muss ich mich wehren.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 23 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung der Produktgruppe AB-01 genehmigt.

Leistungsgruppe Land- und Forstwirtschaft (LF)

LF-01 Forstbetrieb (LF-02 Friedhof -> Zweckverband)

LF-02 Friedhof: Wird nur durch die RPK geprüft, aber nicht vom Stadtparlament genehmigt.

Die Kommission Bau & Infrastruktur beantragt mehrheitlich die Genehmigung von LF-01.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von LF-01.

Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme der Produktgruppe LF-01 genehmigt.



Leistungsgruppe Verkehr (VE)

VE-01 Öffentlicher Verkehr

Folgende Änderung im Bericht werden vom Stadtrat vorgeschlagen:

VE-01 und VE-01.1 öffentlicher Verkehr

Antrag an das Stadtparlament, die Leistungsgruppe VE-01 (VE-01 und VE-01.1) neu ins Ressort Planung und Bau als **Produkt BA-04.3 öffentlicher Verkehr zu verschieben.**

Die Kommission Bau & Infrastruktur beantragt mehrheitlich die Genehmigung des Stadtratsvorschlags betr. Verschiebung der Leistungsgruppe VE-01 öffentlicher Verkehr (Ressort Umwelt und Infrastruktur) in das Produkt BA-04.30 öffentlicher Verkehr (Ressort Planung und Bau).

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung des Stadtratsvorschlags betr. Verschiebung der Leistungsgruppe VE-01 öffentlicher Verkehr (Ressort Umwelt und Infrastruktur) in das Produkt BA-04.30 öffentlicher Verkehr (Ressort Planung und Bau).

Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmung Änderungsvorschlag Stadtrat zu VE-01 und VE-01.1 öffentlicher Verkehr

Das Stadtparlament hat einstimmig den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu VE-01 und BA-04.3 öffentlicher Verkehr genehmigt.

Leistungsgruppe Werke (Wasser, Abwasser) (WE)

WE-01 Baulicher Unterhalt Strassen, WE-02 Betrieblicher Unterhalt Strassen, WE-03 Wasserversorgung, WE-04 Abwasserentsorgung (Kanalisationsnetz) und WE-05 Tiefbau

Die Kommission Bau & Infrastruktur beantragt mehrheitlich die Genehmigung von WE-01 bis WE-05.

Die RPK beantragt einstimmig die Genehmigung von WE-01 bis WE-05.

Es gibt keine Wortmeldung.



Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme der Produktgruppe WE-01 - WE-05 genehmigt.

5. Detailberatung Investitionsrechnung

Die RPK beantragt dem Stadtparlament einstimmig, die Investitionsrechnung anzunehmen.

Da keine Änderungsanträge vorliegen, findet die Schlussabstimmung über die gesamte Investitionsrechnung nach der Pause statt.

Pause von 21.05 bis 21.25 Uhr. Erstellung Zusammenzug aller beschlossenen Änderungen.

Der Vorsitzende erteilt Markus Wanner, Leiter Finanzen und Informatik, zur Erläuterung der Veränderungen des Produktgruppenbudgets 2024 das Wort.

Markus Wanner, Leiter Finanzen und Informatik, erläutert die beschlossenen Änderungen: «Bei den Produktgruppen gibt es zwei Änderungen, diese betreffen einerseits der Budgetnachtrag bez. Energiekosten (589 000 Franken) sowie die beschlossene Lohnerhöhung von 2,2 Prozent (73 600 Franken). Diese führen in der Produktgruppe FI-01 Finanz- und Rechnungswesen zu einer Veränderung von total plus 662 600 Franken. Die anderen Änderungen haben keine Auswirkungen auf das Gesamtergebnis des Produktgruppenbudgets 2024.

Der Ertragsüberschuss beträgt somit 506 968 Franken, hier inbegriffen ist der Antrag des Stadtrats bez. Einlage in die finanzpolitische Reserve von 2,5 Millionen Franken. Das haben wir als Annahme getroffen, damit man sieht, wie wir auf das Ergebnis von 506 968 Franken kommen. Mit dieser Ausgangslage wären es einen totalen Ertrag von 185 799 967 Franken, einen totalen Aufwand von 185 292 999 Franken und einen Ertragsüberschuss von 506 968 Franken. Bei den Investitionsrechnungen gab es keine Änderungen. Das sind also genau die gleichen Zahlen wie im Bericht zum Budget, mit Ausgaben im Verwaltungsvermögen von 56 516 000 Franken, Einnahmen im Verwaltungsvermögen von 635 000 Franken, Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen von 55 881 000 Franken und im Finanzvermögen eine Netto-Desinvestition von 6 738 000 Franken.»



Nun gilt es noch über die definitive Einlage in die finanzpolitische Reserve abzustimmen.

Der Stadtrat hat dem Stadtparlament (SRB-Nr. 416 vom 1. November 2023) beantragt, die Einlage in die finanzpolitische Reserve von 3 000 000 Franken auf 2 500 000 Franken zu reduzieren. Nach Vorliegen des Gesamtergebnisses beträgt der neue Ertragsüberschuss 506 968 Franken.

Abstimmung Einlage finanzpolitische Reserve zu FI-01.3

Das Stadtparlament hat einstimmig die Einlage in die finanzpolitische Reserve von 2,5 Millionen Franken genehmigt.

Der Ertragsüberschuss beträgt somit 506 968 Franken.

6. Schlussabstimmung über das bereinigte Produktgruppenbudget 2024

Das Stadtparlament hat mit 21 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen dem *bereinigten* Produktgruppenbudget 2024 zugestimmt.

7. Schlussabstimmung Investitionsrechnung

Dr. Luis M. Calvo Salgado fragt an, ob dies nun bereits die Abstimmung zum Steuerfuss sei. Dies verneint der 1. Vizepräsident.

Der 1. Vizepräsident bemerkt, dass die Zahlen zur Investitionsrechnung bereits vorgängig durch Markus Wanner, Leiter Finanzen und Informatik, erläutert worden sind.

Da keine Änderungsanträge vorliegen, findet die Schlussabstimmung über die gesamte Investitionsrechnung statt.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 24 Ja-Stimmen und einer Enthaltung der Investitionsrechnung 2024 zugestimmt.



8. Festsetzung Steuerfuss 2024

Die RPK beantragt mehrheitlich den Steuerfuss auf 92 % des einfachen Staatssteuerertrags zu belassen.

Der 1. Vizepräsident erteilt Peter Frischknecht das Wort.

Peter Frischknecht: «Aus meiner Sicht und auch dieser von der Mehrheit der RPK ist der Steuerfuss ein wichtiger Faktor für die Standortattraktivität. Der Stadt Bülach ist es in den letzten Jahren gelungen, den Steuerfuss konstant zu halten. Das wird in absehbarer Zeit nicht mehr gelingen. Die hohen Investitionen werden auch einen Anstieg des Steuerfusses nötig machen. Die gute Prognose macht es allerdings möglich, noch ein Jahr mit konstantem Steuerfuss anzuhängen. Ein weiteres gutes Zeichen im Standortwettbewerb, findet die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission. Ein Zeichen dafür, dass wir auch in schwierigeren Zeiten sorgfältig mit den Mitteln umgehen und den Steuerfuss nur mit Bedacht anpassen.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Wir sind eine Minderheit innerhalb der RPK, die für eine Erhöhung des Steuerfusses von zwei Prozent gestimmt haben. Aus unserer Sicht war es unsere Aufgabe in die Zukunft zu schauen: Wir denken, gerade das ist es, was ein Standort attraktiv machen kann. Das heisst, wenn wir Schritt für Schritte Dinge machen, ehrlich sind und der Bevölkerung zeigen, wo wir stehen, denken wir, wie ich vorher erklärt habe, dass wir es besser machen als wenn wir nur verschieben und den Eindruck erwecken, dieser Steuerfuss-Zielkorridor wird von oben kommen und uns erleuchten. Vielen Dank.»

Der Stadtrat wünscht das Wort nicht.

Der 1. Vizepräsident erteilt Dominik Berner das Wort.



Dominik Berner: «Wie anfangs Sitzung erwähnt, beantragen wir von der SP eine Steuererhöhung von zwei Prozent. Dies aus denselben Gründen wie die Minderheitsmeinung der RPK. Der Steuerfuss-Zielkorridor ist gut und recht, aber ob Bülach so attraktiv ist und es ist auch fraglich, wenn wir jetzt sagen: *«Cool, zwei Jahre attraktiv und anschliessend sechs bis acht Prozent Erhöhung des Steuerfusses»*. In etwa, wissen wir bereits jetzt – nicht auf den Rappen genau – wie gross diese Investitionen sind und wir wissen auch in etwa die Prognosen wie hoch die Steuereinnahmen sein werden. Von dem her ist es blauäugig, wenn wir sagen, wir machen so weiter wie bis jetzt. Und wenn es ins Dach regnet, müssen wir doppelt so viel erhöhen. Merci vielmal.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung Festsetzung Steuerfuss

	Total
Antrag Stadtrat Steuerfuss 92 %	16
Antrag SP / Minderheit der RPK Steuerfuss 94 %	9

Das Stadtparlament hat mit einem absoluten Mehr von 16 Stimmen dem Antrag des Stadtrats die Festsetzung des Steuerfusses 2024 von 92 % (unverändert) zugestimmt.



Übersicht Beschlüsse betreffend Produktgruppenbudget 2024 und Steuerfusses 2024

Das Stadtparlament beschliesst:

1. *Das Produktgruppenbudget 2024 des Politischen Gemeindeguts wird mit den vorhin beschlossenen Änderungen genehmigt.*
- 1.1. *Das Produktgruppenbudget 2024 der Stadt Bülach, mit einem Ertragsüberschuss von 506 968 Franken bei einem Ertrag von 185 799 967 Franken und einem Aufwand von 185 292 999 Franken wird genehmigt.*
- 1.2. *Die Investitionen des Verwaltungsvermögens der Stadt Bülach mit Ausgaben von 56 516 000 Franken und Einnahmen von 635 000 Franken sowie Nettoinvestitionen von 55 881 000 Franken sowie die Nettoinvestitionen im Finanzvermögen von -6 738 000 Franken werden genehmigt.*
2. *Der Steuerfuss für das Jahr 2024 wird auf 92 % (Vorjahr ebenfalls bei 92 %) des einfachen Staatssteuerertrags festgesetzt.*
3. *Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Deckung des Geldbedarfs erforderlichen Mittel aufzunehmen.*
4. *Mitteilung an:*
 - Stadtrat
 - Abteilung Finanzen (2 Originale für den Bezirksrat)

Traktandum 5

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Andreas Scheuss: «In der ersten Sitzung des Jahres hat Stadtrat Markus Surber im Zuge einer Frage gesagt, dass der Stadtrat gegen die geplante Pistenverlängerung des Flughafens ist. Die Abstimmung dazu wird bald – nämlich am 3. März 2024 – sein. Das heisst ab Mitte/Ende Januar wird der Abstimmungskampf beginnen. Meine Frage bezieht sich auf das zu erwartende Engagement der Stadt Bülach, die immerhin das Präsidium der IG Nord inne hat und Mitglied im Vorstand des Schutzverbands der Bevölkerung um den Flughafen Zürich ist. Wird sich der Stadtrat einer Nein-Kampagne anschliessen oder sogar aktiv eine Nein-Kampagne gegen die Pistenverlängerung führen?»

Stadtrat Markus Surber: «Besten Dank für diese Frage. Die IG-Nord hat sich an ihrer GV einstimmig gegen die Pistenverlängerung ausgesprochen. Hauptsächlich darum, weil das eine weitere Kanalisation



des Lärms auf den Norden oder in dem Fall auch auf den Osten bedeutet. Die IG-Nord setzt sich explizit dafür ein, dass der Fluglärm gerecht in alle Himmelsrichtungen verteilt wird. Die GV hat sich dafür entschieden, im Rahmen ihrer bescheidenen finanziellen Möglichkeiten, sich aktiv im Abstimmungskampf einzumischen. Im Speziellen in der Region der Mitgliedsgemeinden. Wir haben eine Anfrage des Nein-Komitees erhalten. Haben nach reichlicher Überlegung uns aber dazu entschlossen, uns dem Nein-Komitee nicht anzuschliessen. Wir werden eine eigene Kampagne fahren. Das Nein-Komitee wird angeführt von FAIR IN AIR. FAIR IN AIR ist – wie auch andere Bürgerorganisationen – oft sehr einseitig unterwegs und ein eigentlicher Flughafengegner. Wir möchten nicht in den gleichen Topf geworfen werden wie die Organisationen, auch wenn wir uns in dieser Frage einig sind und ein gemeinsames Interesse haben. Die IG-Nord ist eine Behördenorganisation. Wir sind eigentlich eine pro Flughafen-Organisation, welche sich für einen starken Flughafen einsetzt. Wir möchten jedoch auch ernstgenommen werden. Speziell möchten wir im raumplanerischen Belang einbezogen werden und wir möchten auch, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden, speziell beim Nachtflugverbot, wie man auch in den letzten Tagen oder letzte Woche lesen konnte. Vielen Dank.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Traktandum 6

Diverses

Information von Stadträtin Rosa Pfister-Kempf zum aktuellen Stand / weiteres Vorgehen betr. Tagesschule

Stadträtin Rosa Pfister-Kempf (die ausführliche Version der Information ist im Anhang zum Protokoll): «Euch brennt es sicher schon lange «unter den Fingern», weil es Gerüchte gibt: Ist jetzt die Tagesschule oder ist sie nicht. Darum will ich dazu gerne eine Erklärung liefern.

Ausgangslage

- In den Abstimmungsunterlagen vom 28. November 2021 sind sowohl der Standort Lindenhof als auch die Kernzeiten der Tagesschule festgelegt worden und demnach verbindlich.
- Der Jahrgang, welcher im Sommer 2024 in die 1. Klassen eintreten wird, war die Zielgruppe für den Start der Tagesschule per August 2024. Dieser beinhaltet rund 300 Familien aus ganz Bülach.
- Nach einem Informationsabend am 18. September 2023 und verschiedenen Kontakten auf weiteren Ebenen, gingen lediglich 30 Anmeldungen ein, wovon einige mit Unsicherheiten behaftet waren. Es



hätte aber als absolutes Minimum 36 Anmeldungen gebraucht für die zwei Klassen. Die Eltern haben auch unterschiedliche Vorstellungen, bezüglich Tagesschule.

- Am 7. November 2023 entschied die Schulpflege, dass der Start der Tagesschule per August 2024 wegen zu geringer Anzahl Anmeldungen nicht erfolgt.
- Zeitnah wurden Mitarbeitende und die angemeldeten Familien über den Entscheid informiert.

Aktuelle Situation

Die Schulpflege traf sich am 5. Dezember 2023 zu einer ausführlichen Diskussion zum Thema Tagesschule. Daraus ergaben sich folgende Erkenntnisse:

- Unter dem Begriff Tagesschule wird in jeder Gemeinde / Stadt etwas anderes verstanden, auch wenn es primär um die ganztägige Betreuung der Kinder geht, inklusive Morgen- und Mittagessen. Es gibt aber auch Vorstellungen, dass eine Tagesschule in einem kleinen, überschaubaren Rahmen stattfindet, also eine Schule, welche z. B. nur 50 Kinder in kleinen Klassen betreut.
- Rein theoretisch könnte sogar das schon lange sehr gut ausgebaute Betreuungsangebot aller vier Bülacher Primarschulen als «Tagesschule» benannt werden.

Weiteres Vorgehen der Primarschulpflege

- Die Primarschulpflege lädt für anfangs Februar 2024 Interessierte aus Stadtrat und Stadtparlament zu einer ausführlichen Information und Diskussion zum Thema Tagesschule ein, mit dem Ziel, das gemeinsame Verständnis des Angebots zu schärfen. Termin folgt noch vor den Weihnachtsferien.
- Parallel dazu wird bei den Eltern des Zielgruppen-Jahrgangs (Schuleintritt Aug. 2024) nochmals eine Bedürfnisabklärung bezüglich Vorstellung Tagesschule eingeholt.
- Mit den daraus gewonnenen Erkenntnissen und auf Basis der bereits erarbeiteten Konzepte wird die Primarschulpflege danach das weitere Vorgehen festlegen bzw. politisch in die Wege leiten.»

Der 1. Vizepräsident erteilt Stadtrat Andreas Müller das Wort.

Stadtrat Andreas Müller: «Ich sage heute Abend auch noch etwas. Wie ich euch bereits informiert habe, falle ich aus gesundheitlichen Gründen – ich habe eine grosse Operation am Rücken vor mir – ab 22. Dezember für einige Wochen aus. Aus heutiger Sicht kann ich nicht garantieren, dass ich ab Februar wieder zurück bin oder ob mich Stadträtin Andrea Spycher weiterhin vertritt. Ich danke auch vielmals für das grosse Vertrauen in meine Abteilung. Planung und Bau. Mit den heutigen Entscheidungen zum Budget haben wir die Grundlage geschaffen, um z.B. die Schulhäuser, welche der Wille der Bülacher Bevölkerung ist, umzusetzen zu können und mit einem Projektleiter und einem Stellvertreter auszustatten, so dass wir die Absichten der Eigentümer auch durchsetzen können. Alle beschlossenen Massnahmen, welche wir budgetiert haben, würden wir in der Privatwirtschaft – mein Abteilungsleiter und ich – auch so machen. Das scheint mir wichtig. Wenn ich jetzt aber im Protokoll der vergangenen



Parlamentssitzung lese, dass man ein dilettantisches Vorgehen hat, ob da nun der Stadtrat gemeint ist oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus meiner Abteilung, dann ist das einfach nur eine Frechheit und dem Stadtparlament in Bülach nicht würdig. Es macht einen grossen Unterschied, ob die Unterstellung des dilettantischen Vorgehens vor dem Stadtparlament in der Öffentlichkeit vorgenommen wird und am nächsten Tag eine Entschuldigung auf unserer Abteilung auf halb öffentlicher Stelle abläuft. Wer den Unterschied kennt von Unmut, Scheuern in der Öffentlichkeit und die Entschuldigung in der Abteilung erkennt, ist echt im Vorteil. Ich kann euch nach etwas über einem Jahr im Amt versichern, dass niemand von diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Bülach dilettantisch ist. Es machen alle mit ganzem Herzblut einen sehr guten Job. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber das machen wir in unserer Demokratie an solchen Abenden wie heute aus, dass wir darüber reden können und dass wir die Zukunft miteinander gestalten. Ich wünsche euch allen eine besinnliche Adventszeit, schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Möge Anstand und Respekt im Jahr 2024 hochgehalten werden.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Traktandum 7

Informationen des Vorsitzenden

Rechtskraft der Beschlüsse

Gegen die Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtparlaments vom 2. Oktober 2023 sind keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist lief bis am Montag, 6. November 2023.

Gegen die Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtparlaments vom 6. November 2023 sind bis jetzt keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist läuft bis am Montag, 11. Dezember 2023.

Rechtsbelehrung

Aus dem Stadtparlament gibt es keine Einwände betreffend der an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte.



Stadtrat Daniel Ammann übernimmt das Wort: «Ich bin seit ca. 14 Jahren in der Politik tätig und ich habe es nur ganz wenige Male erlebt, dass der Vizepräsident die Ratsleitung übernehmen musste, weil der Präsident unabkömmlich gewesen war. Aber es kam – glaube ich – noch nie vor, dass dies an einer Budgetdebatte der Fall war. Also höchsten Respekt, wie du das gemacht hast! Ich finde, das sollte erwähnt werden, dass es nicht ganz einfach ist, eine Budgetdebatte zu führen. Chapeau! Vielen herzlichen Dank.»

Das Stadtparlament applaudiert.

Stephan Ziegler, 1. Vizepräsident: «Ich bedanke mich ebenfalls bei euch allen. Auch bei den Zuschauern und den Medien bedanke ich mich für die Geduld heute Abend. Es war eine knapp vierstündige Parlamentssitzung und es musste viel nachgezählt werden. Ich wünsche euch eine schöne Adventszeit und einen guten Rutsch. Ich freue mich schon riesig darauf, wenn wir uns im neuen Jahr wieder hier in aller Frische sehen. Vielen Dank. Ich schliesse somit die Sitzung.»

Das Stadtparlament applaudiert nochmals.

Die Sitzung ist geschlossen. Ende der Sitzung: 21:50 Uhr.

Protokoll Protokoll
Behörde Stadtparlament
Beschluss-Nr.
Sitzung vom 11. Dezember 2023



Bülach, 8. Januar 2024

Für die Richtigkeit:

Sandra Lobsiger
Parlamentssekretärin

Geprüft:

Stephan Ziegler
1. Vizepräsident

Andreas Scheuss
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Stadtparlaments
- Mitglieder des Stadtrats
- Mitglieder der Geschäftsleitung der Stadt Bülach
- Protokollsammlung

Protokoll Auszug

Behörde Stadtrat

Klassifizierung öffentlich

Beschluss-Nr. 436

Sitzung vom 15. November 2023

16.04.24 / 34.04.00

Anfrage Parlamentarierin Géraldine Wirth betreffend Kostenanalyse für das Aufstellen und Unterhalten von Recycling-Abfalleimern an beliebten öffentlichen Orten und Spielplätzen
Antwort des Stadtrats

Anfrage von	Parlamentarierin Géraldine Wirth
Datum der Anfrage	02. Oktober 2023
Titel der Anfrage	Kostenanalyse für das Aufstellen und Unterhalten von Recycling-Abfalleimern an beliebten öffentlichen Orten und Spielplätzen
Datum der Verlesung im Parlament	02. Oktober 2023
Frist zur Beantwortung	02. Dezember 2023 (Art. 53a Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtparlaments)
Vorletzte Sitzung vor Fristablauf	15. November 2023
Letzte Sitzung vor Fristablauf	29. November 2023

Wortlaut der Anfrage

„Anfrage betreffend der Kostenanalyse für das Aufstellen und Unterhalten von Recycling-Abfalleimern an beliebten öffentlichen Orten und Spielplätzen.“

Fragen:

- 1. Wie hoch wären die Kosten (Anschaffungskosten und Unterhaltskosten), wenn Recycling-Abfalleimer an den häufig besuchten Orten (speziell auch häufig besuchte Feuerstellen), Spielplätzen aufgestellt werden würden?*
- 2. Was gibt es in diesem Bereich für mögliche Finanzierungsmodelle und potenzielle Partner für die Implementierung und den Unterhalt der Recycling-Abfalleimer?*



Der Stadtrat **beschliesst:**

1. Die Anfrage von Parlamentarierin Géraldine Wirth betreffend Kostenanalyse für das Aufstellen und Unterhalten von Recycling-Abfalleimern an beliebten öffentlichen Orten und Spielplätzen wird wie folgt beantwortet:

Antwort zu Frage 1: Wie hoch wären die Kosten (Anschaffungskosten und Unterhaltskosten), wenn Recycling-Abfalleimer an den häufig besuchten öffentlichen Orten (speziell auch häufig besuchte Feuerstellen), Spielplätzen aufgestellt werden würden?

Als Grundlage zur Beantwortung der Fragen wurden folgende Plätze als häufig besuchte öffentliche Plätze definiert:

- Parkplatz Spital
- Parkplatz Marterloch
- Stadthalle/ Stadthaus
- Friedhof
- Lindenhof
- Spielplatz Stadtweiher
- Spielplatz Füchslí
- Busbahnhof
- Feuerstelle Verkehrsgarten
- Feuerstelle Schwántibuck
- Feuerstelle Eschenmosen
- Feuerstelle Petersboden
- Feuerstelle Grauenstein
- Feuerstelle Dachslenberg
- Feuerstelle Bikepark
- Feuerstelle Bruederer
- Feuerstelle Kiwanis Nussbaumen
- Rathaus
- Sonnenhof
- Waldhütten Spitalwald und Höhragen
- Spielplatz Allmend
- Glasplatz
- Gusspark



Für die Umsetzung der Abfalltrennung ist für die definierten Plätze, eine zusätzliche Anschaffung von 30 Abfallbehältern vom Typ «Sorterhai» der Firma ANTA SWISS AG erforderlich.

Die Kosten für die Anschaffung der 30 Abfallbehälter belaufen sich auf 210 000 Franken. In den Kosten enthalten sind Anschaffungs-, Liefer- und Montagekosten sowie 2 neue 36 cbm Abrollcontainer zur welche zur getrennten Lagerung der Abfallfraktionen verwendet werden sollen. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass die zwei Mulden nur temporär gemietet werden, bis das neue Recyclingcenter in Betrieb ist. Nach Eröffnung des Recycling-Centers, können die eingesammelten Abfallfraktionen direkt in dieses gebracht werden, so dass eine Zwischenlagerung der Abfälle nicht mehr erforderlich ist.

Die jährlichen Unterhalts- und Betriebskosten der 30 «Sorterhaie» belaufen sich auf 98 329 Franken. Dies bedeutet zusätzlichen eine Kostenzunahme von jährlich 61 900 Franken.

In den Unterhaltskosten, welche mit der Einführung der «Sorterhaie» zusätzlich entstehen, sind der Mehraufwand der halbjährlichen Reinigungen, die erhöhten allgemeinen Betriebs- und Unterhaltskosten der Stadtreinigung, der Mehraufwand der Kontrollen und der Abfalltrennung sowie der Mehraufwand der Leerungen Abrollcontainer inkludiert.

Der normale Betriebs- und Unterhaltsaufwand für 30 «Abfallhaie á 150 Liter » beträgt jährlich 36 420 Franken. Die Betriebskosten der Stadtreinigung setzen sich aus der Leerung und des Austauschs der Abfallsäcke, der normalen Reinigung und dem Transport des Sammelabfalls zusammen.

Zukünftig sollen alle Abfallbehälter mit einer Füllstandüberwachung ausgerüstet werden. Ziel ist es, die Sammeltouren zu optimieren und so den Aufwand für die Abfallbehälterbewirtschaftung zu reduzieren. Das Projekt befindet sich derzeit mit 20 Füllstandsonden in der Testphase. Werden zukünftig «Sorterhaie» installiert, kann für diese keine Füllstandüberwachung installiert werden.

Die Stadtreinigung fährt die Abfallbehälter zurzeit mit einem kleinen Elektro-Fahrzeug an. Auf diesem ist eine Getrenntlagerung der Abfallsäcke nicht möglich. Das dieses Fahrzeug für eine gewünschte Getrenntsammlung eingesetzt werden kann, gilt als sehr unwahrscheinlich und muss separat geprüft werden.



Antwort zu Frage 2: Was gibt es in diesem Bereich für mögliche Finanzierungsmodelle und potenzielle Partner für die Implementierung und den Unterhalt der Recycling-Abfalleimer?

Da die Stadt Bülach bereits ANTA SWISS AG-Produkte im Einsatz hat wie zum Beispiel den «Abfallhai» oder den «Haidog», bietet es sich an, den «Sorterhai» für die getrennte Abfallsammlung zu verwenden. Die Produkte der ANTA SWISS AG weisen die beste Qualität auf, da diese aus Edelstahl und die dickste Wandstärke haben, was sich bereits bei Vandalismus und Behälterbränden bewährt hat.

Die ANTA SWISS AG würde der Stadt Bülach bei einer einmaligen Beschaffung von 30 «Sorterhaien» einen Rabatt von 13 % gewähren.

Die Anschaffung der 30 «Sorterhaie» sowie deren Unterhalt und den Betrieb, könnte für die Abfallentsorgung eine Erhöhung der Grundgebühr zur Folge haben.



Quelle: ANTA SWISS AG

2. Mitteilung an:

- a) Géraldine Wirth, Parlamentarierin, via Parlamentssekretariat
- b) Mitglieder des Stadtparlaments, via Parlamentssekretariat
- c) Sandra Lobsiger, Parlamentssekretärin
- d) Mitglieder des Stadtrats
- e) Mitglieder der Geschäftsleitung
- f) Medien

Protokoll Auszug



Behörde Stadtrat

Klassifizierung öffentlich

Beschluss-Nr. 436

Sitzung vom 15. November 2023

Stadtrat Bülach

Mark Eberli
Stadtpräsident

Christian Mühlethaler
Stadtschreiber

Protokoll Auszug

Stadt Bülach



Behörde Stadtrat

Klassifizierung öffentlich

Beschluss-Nr. 449

Sitzung vom 29. November 2023

16.04.24 / 16.11

Anfrage Géraldine Wirth betreffend Datenschutz in der Stadt Bülach

Antwort des Stadtrats

Anfrage von	Parlamentarierin Géraldine Wirth
Datum der Anfrage	2. Oktober 2023
Titel der Anfrage	Datenschutz in der Stadt Bülach
Datum der Verlesung im Parlament	2. Oktober 2023
Frist zur Beantwortung	2. Dezember 2023 (Art. 48 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtparlaments)
Vorletzte Sitzung vor Fristablauf	15. November 2023
Letzte Sitzung vor Fristablauf	29. November 2023

Wortlaut der Anfrage

„In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung von Datensicherheit und -schutz, richte ich die folgende Anfrage an Ihr Departement:

- 1. Prozessbeschreibungen: Wie ist der interne Prozess in Ihrem Departement strukturiert, um auf Data Breaches zu reagieren? Welche Schritte sind definiert, um sicherzustellen, dass solche Vorfälle effizient und im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben gehandhabt werden?*
- 2. Datenschutzberater/Datenschutzkontaktperson: Verfügt Ihr Departement über eine spezifische Datenschutzberaterin oder einen Datenschutzberater bzw. eine Datenschutzkontaktperson, die in solchen Fällen konsultiert wird? Wenn ja, könnten Sie nähere Informationen zu deren Rolle und Verantwortlichkeiten geben?*
- 3. Applikationen und Bearbeitungsverzeichnisse: Verfügen die verschiedenen Verwaltungsabteilungen über eigene Applikationen und Bearbeitungsverzeichnisse in Bezug auf Datenschutz und Datenverarbeitung? Falls dies aktuell nicht der Fall ist, gibt es Pläne, solche Verzeichnisse und Applikationen in naher Zukunft einzuführen?*



4. *Neues Datenschutzgesetz (DSG): Das kürzlich in Kraft getretene Datenschutzgesetz (DSG) hat wichtige Änderungen in Bezug auf die Verarbeitung und den Schutz personenbezogener Daten eingeführt. Können Sie Auskunft darüber geben, ob und wie Ihr Departement das neue DSG umgesetzt hat? Welche konkreten Änderungen mussten dafür vorgenommen werden?*
5. *Was für Mitarbeiterschulungen werden in der Stadt Bülach im Thema Datenschutz durchgeführt und in welchem Abstand werden diese Schulungen gehalten?*

Der Stadtrat **beschliesst:**

Die Anfrage von Parlamentarierin Géraldine Wirth betreffend Datenschutz in der Stadt Bülach, wird wie folgt beantwortet:

1. *Prozessbeschreibungen: Wie ist der interne Prozess in Ihrem Departement strukturiert, um auf Data Breaches zu reagieren? Welche Schritte sind definiert, um sicherzustellen, dass solche Vorfälle effizient und im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben gehandhabt werden?*

Öffentliche Organe haben die datenschutzrechtlichen Anforderungen des kantonalen Gesetzes über die Information und den Datenschutz (LS 170.4, IDG) zu beachten. In Bezug auf einem allfälligen Data Breach resp. Datenschutzvorfall, statuiert §12a IDG eine Meldepflicht.

Die Stadt Bülach kommt ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach, indem sie Vorfälle, die das Grundrecht auf Privatsphäre der Betroffenen gefährden, unverzüglich der Datenschutzbeauftragten des Kantons Zürich meldet. Im Rahmen der Meldung eines Datenschutzvorfalls wird das entsprechende Formular bei der kantonalen Datenschutzbeauftragten eingereicht (vgl. Formular Meldung eines Vorfalls mit Personendaten, abrufbar unter: www.datenschutz.ch/datenschutz-in-oeffentlichen-organen).



2. *Datenschutzberater/Datenschutzkontaktperson: Verfügt Ihr Departement über eine spezifische Datenschutzberaterin oder einen Datenschutzberater bzw. eine Datenschutzkontaktperson, die in solchen Fällen konsultiert wird? Wenn ja, könnten Sie nähere Informationen zu deren Rolle und Verantwortlichkeiten geben?*

Der Stadtrat hat eine Anlauf- und Beratungsstelle bestimmt, welche auf der Website der Stadt Bülach aufgeführt ist (<https://www.buelach.ch/themen/politik-verwaltung/datenschutz>). Diese Anlauf- und Beratungsstelle ist organisatorisch dem Ressort Politik und Präsidiales unterstellt. Im Ressort ist Stefania Guaricci die Juristin für den Daten- und Informationsschutz (datenschutz@buelach.ch) und in dieser Funktion zuständig für die laufende Überprüfung der Erfüllung der Datenschutzbestimmungen sowie interne Ansprechperson für Datenschutzfragen. Sie ist auch Bindeglied zur kantonalen Datenschutzbeauftragten und erfüllt in Absprache mit den betroffenen Abteilungen die Meldepflicht bei Datenschutzvorfällen.

In Bezug auf die Informationstätigkeit der Verwaltung verlangt das kantonale Informations- und Datenschutzgesetz (IDG) eine rasche, umfassende und sachliche Information über Tätigkeiten von allgemeinem Interesse. Dies entspricht bereits der gängigen Praxis in der Stadt Bülach.

3. *Applikationen und Bearbeitungsverzeichnisse: Verfügen die verschiedenen Verwaltungsabteilungen über eigene Applikationen und Bearbeitungsverzeichnisse in Bezug auf Datenschutz und Datenverarbeitung? Falls dies aktuell nicht der Fall ist, gibt es Pläne, solche Verzeichnisse und Applikationen in naher Zukunft einzuführen?*

Ja, ein Verzeichnis der Informationsbestände (gemäss § 14 Abs. 4 Informations- und Datenschutzgesetz) existiert. Mit dem Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG, LS 170.4) wurde im Kanton Zürich das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung eingeführt. Dazu gehört ein öffentlich zugängliches Verzeichnis der Informationsbestände unter Kennzeichnung derjenigen Informationsbestände, die Personendaten enthalten (§ 14 Abs. 4 IDG). Es ist auf der Website der Stadt Bülach aufgeschaltet ([Link zum Verzeichnis der Informationsbestände](#)). Das Informationsverzeichnis lehnt sich an den Akten- und Registraturplan der Stadt Bülach an und ist nach Sachgruppen gegliedert. Es dient der Auflistung aller elektronischen und physischen Informationsbestände der Stadt Bülach. Informationsbestände, die Personendaten enthalten könnten, sind entsprechend gekennzeichnet.



4. *Neues Datenschutzgesetz (DSG): Das kürzlich in Kraft getretene Datenschutzgesetz (DSG) hat wichtige Änderungen in Bezug auf die Verarbeitung und den Schutz personenbezogener Daten eingeführt. Können Sie Auskunft darüber geben, ob und wie Ihr Departement das neue DSG umgesetzt hat? Welche konkreten Änderungen mussten dafür vorgenommen werden?*

Am 1. September 2023 ist in der Schweiz das totalrevidierte Bundesgesetz über den Datenschutz (Datenschutzgesetz, DSG, SR 235.1) in Kraft getreten. Dieses Gesetz gilt nur für die Bearbeitung von Personendaten durch private Personen und Bundesorgane. Die Stadtverwaltung Bülach ist ein öffentliches Organ des Kantons Zürich und fällt nicht unter den Anwendungsbereich des revidierten DSG. Die Stadt Bülach untersteht dem kantonalen Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG, LS 170.4) und die dazugehörige Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV, LS 170.41). Wir bereiten uns seit Monaten auf die anstehende Totalrevision des kantonalen IDG vor.

5. *Was für Mitarbeiterschulungen werden in der Stadt Bülach im Thema Datenschutz durchgeführt und in welchem Abstand werden diese Schulungen gehalten?*

Die Stadt Bülach setzt für die Mitarbeitenden-Schulung auf ein E-Learning System. In regelmässigen Abständen wird den Mitarbeitenden zu aktuellen Themen bezüglich Informationssicherheit und Datenschutz ein Trainingsmodul mit entsprechenden Tests verpflichtend zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2024 sind auch Schulungen in Gruppen zum Thema Datenschutz vorgesehen.

1. Mitteilung an:
- a) Géraldine Wirth, Parlamentarierin
 - b) Mitglieder des Stadtparlaments, via Parlamentssekretariat
 - c) Sandra Lobsier, Parlamentssekretärin
 - d) Mitglieder des Stadtrats
 - e) Mitglieder der Geschäftsleitung
 - f) Stefania Guaricci, Juristin Daten- und Informationsschutz

Protokoll Auszug



Behörde Stadtrat

Klassifizierung öffentlich

Beschluss-Nr. 449

Sitzung vom 29. November 2023

g) Jeannette Wanner, Leiterin Politik

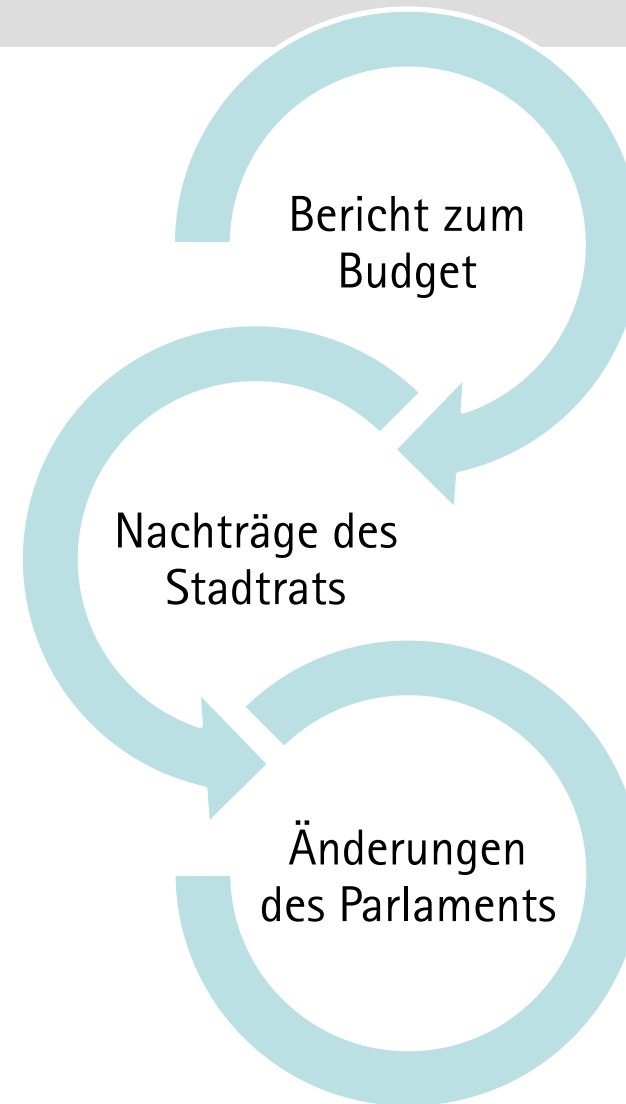
h) Medien

Stadtrat Bülach

Mark Eberli
Stadtpräsident

Christian Mühlethaler
Stadtschreiber

Budget 2024



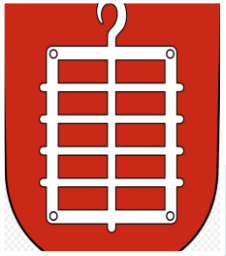
Budget 2024, Globalbudgets

<i>in Franken</i>	RE 2022	BU 2023	BU 2024	Diff.	%
Globalbudgets	85'174'223	90'476'764	98'002'232	7'525'468	8%
Finanzierung	-94'765'320	-95'104'800	-101'671'800	-6'567'000	7%
Ergebnis I	-9'591'097	-4'628'036	-3'669'568	958'468	
Zuweisung fin.pol. Reserve		4'500'000	3'000'000		
Ergebnis II	-9'591'097	-128'036	-669'568	-541'532	

Budget 2024, Nachträge

Nachtrag für		Betrag
Energiekosten	Fr.	589'000
Lohnmassnahmen	Fr.	144'100

Lohnmassnahmen 2024



Stadt Bülach

- 1.6% allgemein
- 1.0% individuell



Kanton Zürich

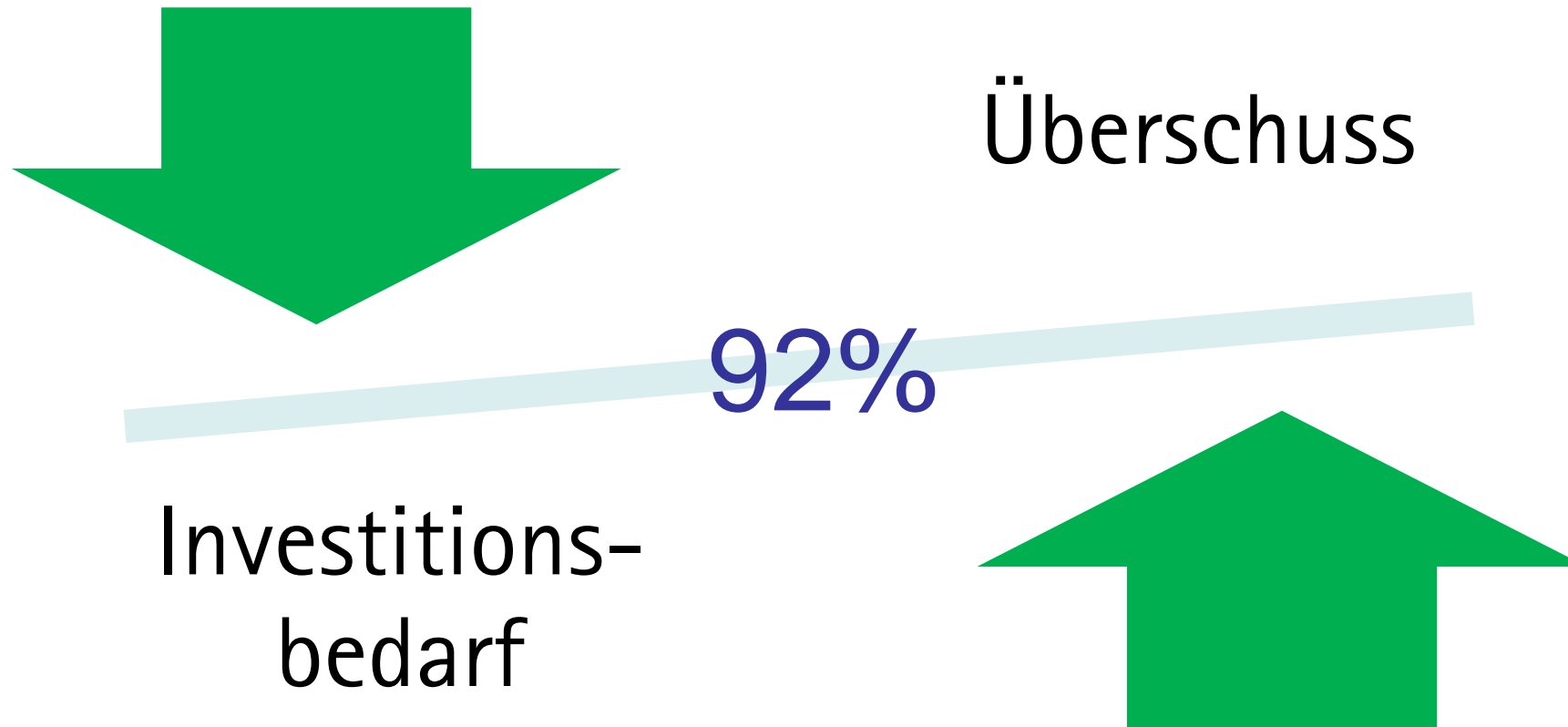
- 1.6% allgemein
- 0.6% individuell (finanziert durch Rotationsgewinne)



RPK

- 1.6% allgemein
- 0.6% individuell

Steuerfuss 2024



Budget 2024



Bülach ist Schweizermeister

Dicht, dichter, Bülach

Eine Auswertung der 50 grössten Gemeinden der Schweiz zeigt: Die überall geforderte bauliche Verdichtung und Verbesserung des Wohnungsangebots in den Städten hinkt der Bevölkerungsentwicklung weit hinterher. Wenn überhaupt, findet das Wachstum nur in der Agglomeration statt, zum Beispiel in Bülach.

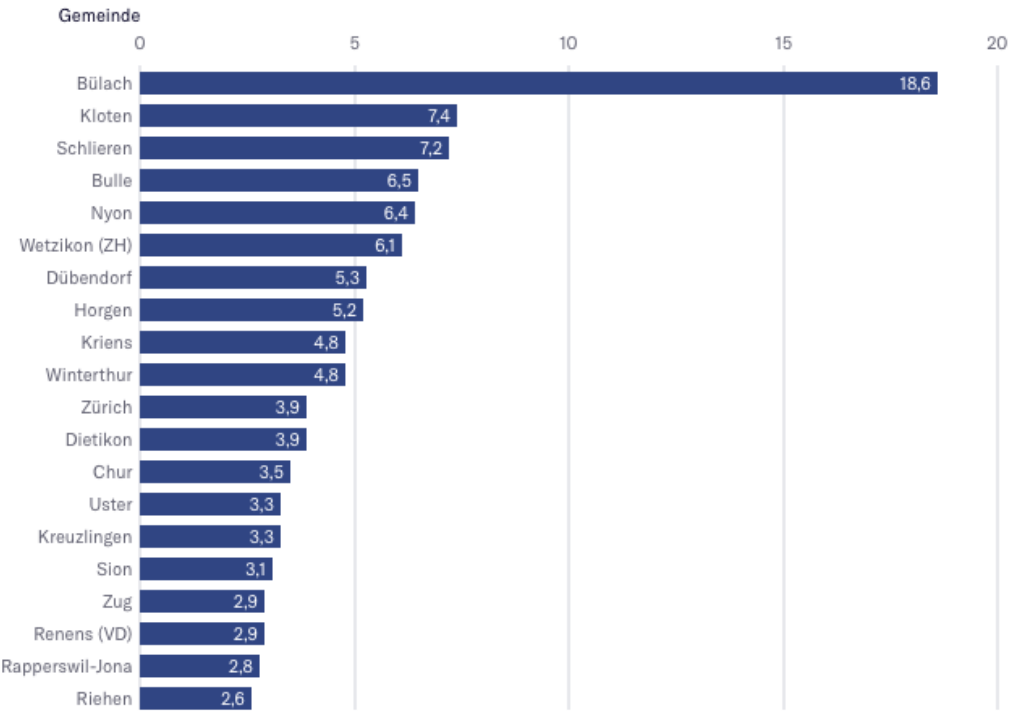
Jürg Zulliger • 25.11.2023, 21.45 Uhr

-  Hören
-  Merken
-  Drucken
-  Teilen



Bülach an der Spitze: Die 20 Top-Gemeinden bei der Verdichtung

Zunahme der Wohnbevölkerung 2017-2022 innerhalb der verfügbaren Bauzone, Veränderung in Prozent



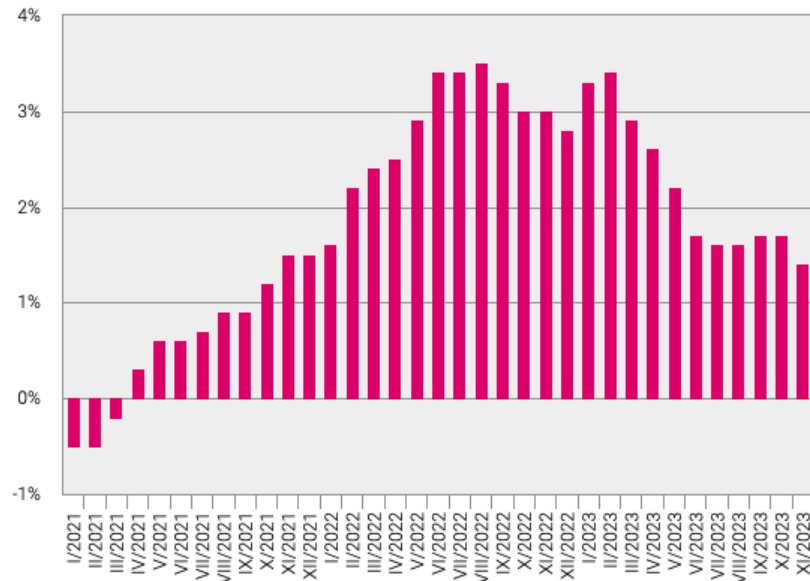
Ausgewertet wurden Gemeinden mit mindestens 20000 Einwohnern. Es wurden Wohnzonen, Arbeitszonen, Mischzonen, Zentrumszonen und eingeschränkte Bauzonen berücksichtigt. – Quelle: Wüest Partner, ARE, BFS – Grafik: jz.

Wirtschaftlicher Ausblick

Inflation

Landesindex der Konsumentenpreise

Veränderungen gegenüber Vorjahr



Quelle: BFS – Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)

© BFS 2023

Zinsen



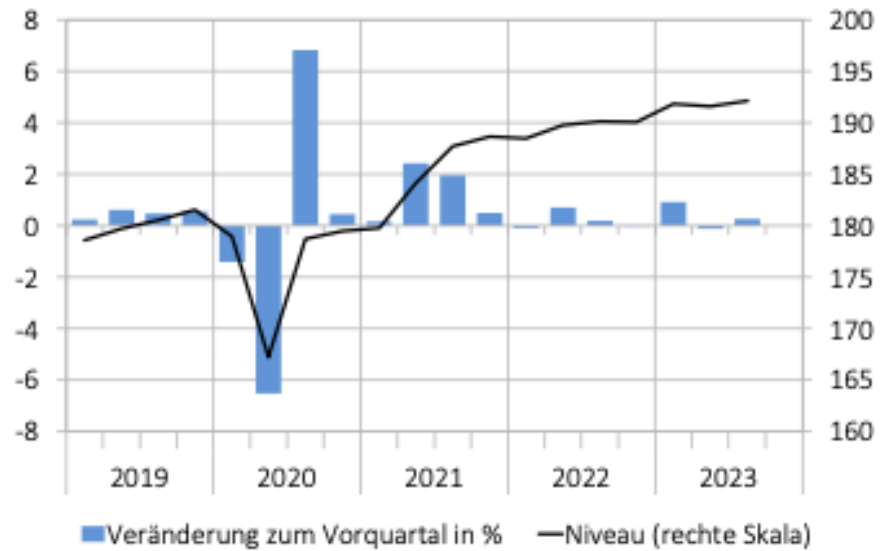
Quelle: UBS

Wirtschaftlicher Ausblick

Wachstum 

Abbildung 1: Bruttoinlandprodukt (BIP)

Real, saison- und Sportevent-bereinigt, Niveau in Mrd. Franken

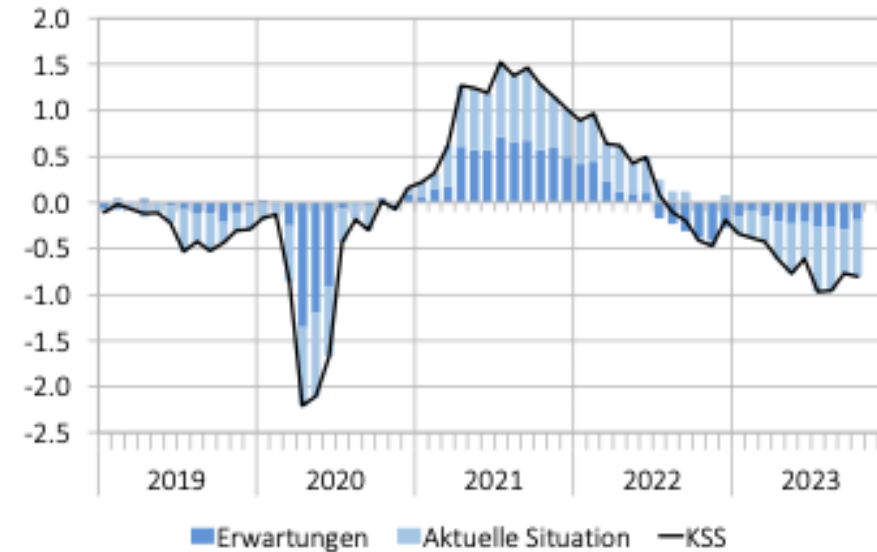


Quelle: SECO

Konjunkturstimmung 

Abbildung 2: Konjunkturstimmung Schweiz

Mittelwert = 0



Quelle: SECO

Quelle: SECO

Kostenbeitragsrechnung

Beispiel Zusatzleistungen AHV/IV Vertragsgemeinden

Kostenart	Bu 2024	Kostendeckungsgrad	
Erlös	434'000		
- direkte Kosten	254'273		
Ergebnis I	179'727	DB I	171%
- Gemeinkostenumlage	72'349		
Ergebnis II (=Ergebnis im Bericht)	107'378	DB II	133%
- Overheadkosten	107'437		
Ergebnis III	- 59	DB III	100%

Verrechnungsmethodik gegenüber anderen Gemeinden

- Variante 1: Verrechnung aufgrund vorher festgelegter Pauschalen (Stundensatz, Fallpauschale) und effektiv geleisteten Stunden / Fälle
 - Anwendung: Zusatzleistungen, Polizei, Rechnungsführung für andere Gemeinden, Forst, Leistungen Hoch- und Tiefbau für Gemeinde Höri, Bestattungsamt
 - Beispiel: Budget 50 h à CHF 117.-, Rechnung effektiv 55 h à 117.-
 - Ergebnis: Abweichungen KDG zum Budget übernimmt die Stadt Bülach
- Variante 2: Verrechnung aufgrund effektivem Aufwand und Leistung
 - Anwendung: Zivilstandsamt, Betreibungsamt, Zivilschutz, ARA, KESB, Berufsbeistandschaften, Therapien, Schulsozialarbeit, Schulpsychologischer Dienst, Regionale Kadaversammelstelle
 - Beispiel: Budget CHF 250'000.- / budgetierte Anzahl Stunden / Fälle
Rechnung 220'000.- / effektive Anzahl Stunden / Fälle
 - Ergebnis: KDG immer 100 %

Overheadkosten

Beispiel Budget 2024

Overheadkosten	Budget 2024
Politik	1'780'627
Stadtparlament	
Stadtrat (inkl. Wahlen u. Abstimmungen)	
Stadtentwicklung	
Stab	2'132'435
Personal ink. Lernende	
Kommunikation	
Führung	
Finanzen und Informatik	4'895'984
Rechnungsführung Stadt Bülach	
Informatik	
Weibeldienst	459'539
Weibeldienst	
Total Overheadkosten	9'268'585



Stadträtin Rosa Pfister-Kempf – Information Tagesschule für Parlamentssitzung vom Montag, 11. Dezember 2023

(Ausführliche Version als Anhang zum Protokoll der Parlamentssitzung vom Montag, 11. Dezember 2023)

Ausgangslage

- Der Souverän hat am 28. November 2021 dem dreijährigen Pilotprojekt Tagesschule zugestimmt und den Stadtrat bzw. die Primarschule mit der Umsetzung beauftragt. Zudem stand in den Abstimmungsunterlagen: «Die Primarschulpflege hat die Verantwortung, innerhalb der festgelegten Bedingungen das Projekt so gut als möglich zu planen und die Tagesschule wie skizziert einzuführen.»
- In den Abstimmungsunterlagen sind sowohl der Standort Lindenhof als auch die Kernzeiten der Tagesschule festgelegt worden und demnach verbindlich.
- Der Jahrgang, welcher im Sommer 2024 in die 1. Klassen eintreten wird, war die Zielgruppe für den Start der Tagesschule per August 2024. Dieser beinhaltet rund 300 Familien in ganz Bülach und wurde im Juni 2023 für den Informationsanlass vom 18. September 2023 eingeladen.
- Am 12. September 2023 definierte die Primarschulpflege aufgrund der Rahmenbedingungen in der Abstimmungsvorlage eine minimale Anmeldezahl von 36 Kindern (2 x 18), für den Start mit den beiden Pilotklassen. Reguläre 1. Klassen in Bülach beinhalten zwischen 20 – 25 Kinder.
- Am 18. September 2023 fand der freiwillige und angekündigte Informationsabend für die betroffenen Eltern statt. Schon dort zeigte sich, dass die Vorstellungen bezüglich Kernzeiten, Standort und Grösse einer Tagesschule weit auseinander gehen.
- Nach weiteren persönlichen Kontakten und Abklärungen gingen bis Ende Oktober 30 Anmeldungen ein, wovon einige mit Unsicherheiten behaftet waren.
- Am 7. November 2023 entschied die Schulpflege, dass der Start der Tagesschule per August 2024 wegen zu geringer Anzahl Anmeldungen nicht erfolgt. Zudem wurde festgestellt, dass unter den in der Vorlage gegebenen Rahmenbedingungen die Aussichten auf eine genügende Nachfrage sehr gering sind.
- Zeitnah wurden Mitarbeitende und die angemeldeten Familien über den Entscheid informiert.



Aktuelle Situation

Die Schulpflege traf sich am 5. Dezember 2023 zu einer ausführlichen Diskussion zum Thema Tagesschule, zusammen mit den Schulleitungen und den Bereichsleitungen Bildung, um die Weiterentwicklung / Anpassung des Angebots zu besprechen. Daraus ergaben sich folgende Erkenntnisse:

- Unter dem Begriff Tagesschule wird in jeder Gemeinde / Stadt etwas anderes verstanden, auch wenn es primär um die ganztägige Betreuung der Kinder geht, inklusive Morgen- und Mittagessen.
- Rein theoretisch könnte sogar das schon lange sehr gut ausgebaute Betreuungsangebot aller vier Primarschulen Bülach als «Tagesschule» benannt werden. So können Kindergarten- und Schulkinder fünf Tage pro Woche, jeweils von 07.00 – 18.00 Uhr in der Tagesbetreuung, an allen vier Standorten angemeldet werden – gegen entsprechende Bezahlung.
- Es gibt aber auch Vorstellungen, dass eine Tagesschule in einem kleinen, überschaubaren Rahmen stattfindet, also eine Schule, welche z. B. nur 50 Kinder in kleinen Klassen betreut.
- Schlussendlich ist es eine politische Entscheidung, wie viel von einer Gemeinde / Stadt finanziert wird, um ein Betreuungs- bzw. Tagesschulangebot zu unterstützen oder zu fördern.
- Juristische Abklärungen haben ergeben, dass ein Abbruch des ursprünglichen Pilotprojekts, welches vom Stimmvolk angenommen wurde, von der Primarschulpflege, über den Stadtrat, dem Stadtparlament beantragt werden müsste.

Weiteres Vorgehen der Primarschulpflege

- Die Primarschulpflege lädt für anfangs Februar 2024 Interessierte aus Stadtrat und Stadtparlament zu einer ausführlichen Information und Diskussion zum Thema Tagesschule ein, mit dem Ziel, das gemeinsame Verständnis des Angebots zu schärfen. Termin folgt noch vor den Weihnachtsferien.
- Parallel dazu wird bei den Eltern des Zielgruppen-Jahrgangs (Schuleintritt August 2024) nochmals eine Bedürfnisabklärung bezüglich Vorstellung Tagesschule eingeholt.
- Mit den daraus gewonnenen Erkenntnissen und auf Basis der bereits erarbeiteten Konzepte wird die Primarschulpflege danach das weitere Vorgehen festlegen bzw. politisch in die Wege leiten.

7. Dez. 2023, Primarschulpflege / Abt. Bildung